

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 M. Anzeigenpreis die 6 gespalt. Colonnetten für Arbeitsgesuche 75 Pf., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 M.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 8 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

Unsere Abrechnung für das Jahr 1912.

Das Jahr 1912 mit den verschiedenen außerordentlich starken Belastungsproben für die christliche Gewerkschaftsbewegung hat auch den christlichen Metallarbeiterband in der günstigen Vormärtsentwicklung, die wir 1910 und 1911 verzeichnen konnten, gehemmt. Das Jahr 1912 schloß mit einem Mitgliederverlust von 1039, trotzdem die Zahl der Neuaufnahmen nicht viel hinter der von 1911 zurücksteht.

Die Aufnahmen im Berichtsjahre im Vergleich zu denen der Vorjahre zeigt folgende Tabelle:

	1909	1910	1911	1912
Männliche Mitglieder	7191	16163	17410	14380
Weibliche und jugendliche Mitgl.	267	1249	1486	1654
Jugendklasse	—	1813	3307	4262
Uebertritte a. anderen Verbänden	—	868	1573	1232
Zusammen	7458	20093	23776	21528

Wir haben also im Jahre 1912 eine Fluktuation zu verzeichnen, wie in keinem Jahre vorher und diese Tatsache muß unsere Verbandsfunktionäre und Vorstandsmitglieder in den Verwaltungsstellen veranlassen, auf eine Besserung energisch hinzuarbeiten. Die Zahl der Neuaufnahmen beweist, daß es auch im vorliegenden Jahre an der notwendigen Werbearbeit nicht gefehlt hat, mit Ausnahme von einigen Verwaltungsstellen, die entweder keine oder im Verhältnis zur Mitgliederzahl zu wenig Aufnahmen zu verzeichnen hatten. Es hat also fast überall an der notwendigen Ausklärungsarbeit zur Erhaltung der gewonnenen Mitglieder gefehlt, sonst hätte es möglich sein müssen, einen großen Teil der einmal gewonnenen Mitglieder auch dem Verbands zu erhalten. Unsere Vorstandsmitglieder und Vertrauensmänner werden also neben ihrer Werbetätigkeit auch auf die Erhaltung der neu eingetretenen Mitglieder ein viel größeres Gewicht legen müssen. Bei dem Kapitel Hausagitation ist schon wiederholt darauf hingewiesen worden, daß jede Zahlstelle es als ihre Aufgabe betrachten muß, nicht nur die unorganisierten Kollegen zu besuchen, sondern auch die neu eingetretenen und diejenigen Kollegen, die aus irgend einem Grunde dem Verbands den Rücken kehren wollen. Die Erhaltung der einmal gewonnenen Mitglieder ist mindestens ebenso wichtig, wie die Gewinnung neuer Mitglieder. Alle Werbearbeit ist umsonst, wenn nicht ein Stamm guter Vertrauensmänner für ständige Ausklärungsarbeit und pünktliche Bedienung der Mitglieder sorgt und so jeden einzelnen zu einem überzeugten Gewerkschaftler erzieht. Eine Einschränkung der Fluktuation muß in allen Verwaltungsstellen erstrebt und durchgeführt werden.

Die Einnahmen des Verbandes im Vorjahre stellen sich im Vergleich zum Jahre 1911 wie folgt:

	1911	1912
Eintrittsgeld	9150,80 M.	7865,60 M.
Beiträge	893194,60	967249,25
Delegiertenbeiträge	1028,90	10850,70
Votalsbeiträge	169449,16	193051,48
Sonstige Einnahmen	49766,47	55918,78
Zusammen	1131849,93 M.	1234935,78 M.

Das sind rund 103000 Mark mehr an Gesamteinnahmen als im Jahre 1911. Der größere Teil davon entfällt auf die durchgeführte Beitragserhöhung, deren teilweise Wirkung damit in die Erscheinung tritt, während der Rest der Mehreinnahmen sich aus den höheren Lokalen und sonstigen Einnahmen zusammensetzt. Bei dieser Gelegenheit müssen wir von Neuem auf den unbefriedigenden Beitragsdurchschnitt hinweisen. Die Beitragsleistung pro Mitglied und Jahr hat sich nicht gebessert, sondern ist noch etwas zurückgegangen. Die Hauptursache ist der ungünstige Markendurchschnitt einiger Verwaltungsstellen, die den Gesamtdurchschnitt herunterdrücken. Die Ortsgruppenvorstände haben unter allen Umständen für eine bessere Beitragsleistung Sorge zu tragen. Die Zentrale wird in diesem Jahre der Beitragsleistung der einzelnen Verwaltungsstellen ein besonderes Augenmerk zuwenden.

Eine vergleichende Uebersicht der Ausgaben für Unterstühtungen in den letzten drei Jahren zeigt folgendes Bild:

	1910	1911	1912
Reiseunterstützung	5562,46	5970,15	7050,87
Unzugsunterstützung	4705,31	7384,55	9851,52
Erwerbslosenunterstützung:			
a) bei Krankheit	134982,34	153301,25	182341,28
b) bei Arbeitslosigkeit	29710,63	23497,32	35716,27
Erwerbsunterstützung	184592,90	285818,78	173369,38
Unterstützung bei Minderregelung	3607,59	4237,09	4942,08
Sterbefällen	4722,50	4330,—	5273,75
Rechtsschutz	5117,44	4072,56	4980,49
Militärunterstützung	—	—	855,—
Notfallunterstützung	2043,87	2598,40	2643,52
Zusammen	875045,04	491210,10	427224,16

Mit Ausnahme der Streifunterstützung weisen sämtliche Unterstühtungsarten ganz bedeutende Steigerungen auf und zwar bedeutend mehr, wie die Einnahmen aus der Beitragserhöhung ausmachen. Die Steigerung der Unterstühtungsummen wird auch weiter anhalten und fließen somit die Beiträge in erhöhtem Maße in Form von Unterstühtungen den Mitgliedern wieder zu.

Das Verbandsvermögen ist gestiegen um 281425,26 Mark, von 1146664,68 Mark im Jahre 1911 auf 1428098,84 Mark im Jahre 1912, davon rund 1328000 in der Hauptklasse. Diese Vermögenssteigerung war nur möglich, weil das Jahr 1912 uns nicht soviel an Streifausgaben gebracht hat, als das Jahr vorher. Es liegen aber keinerlei Anzeichen vor, daß wir deshalb friedlicheren Zeiten entgegengehen. Im Gegenteil, sehen wir unsere Gegner ringsum weiter rücken. Um die geringste Verbesserung der Arbeits- und Lohnverhältnisse muß heute zäher gekämpft werden, als es früher der Fall war. Soll es der christlichen Metallarbeiterschaft auch ferner möglich sein, eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erkämpfen, dann müssen auch wir unsern Kampfsonds noch weiter stärken. Das Jahr 1912 kann uns nicht entmutigen, unsere Werbefähigkeit ist die alte geblieben, die finanzielle Entwicklung ist eine befriedigende, beweisen wir auch im Jahre 1913 unsere Agitationskraft, dämmen wir die Fluktuation ein, verbessern wir die Beitragsleistung und damit die Möglichkeit, auch weitere Erfolge und Verbesserungen auf dem Arbeitsgebiet jedes einzelnen Kollegen zu erringen.

Zum Vertragsbruch und Arbeiterverrat des Hirsch-Dunderschen Gewerksvereins in Stolberg.

„Mit Widerwillen und innerem Widerstreben“, so erzählt ein Herr Joseph Trabert in Nr. 14 des „Regulator“, „ergreife ich die Feder...“. Der Mann will, wie er weiter erzählt, einen Beitrag zum Verrat und Treubruch der Hirsch-Dunderschen in Stolberg liefern; eine Aufgabe, an die ein Hirsch-Dunderscher Führer natürlich nur — „mit Widerwillen“ herantreten kann. Rund zwei Monate nach dem Treubruch und Arbeiterverrat seiner Organisation, am 9. März, hat der Hirsch-Dundersche Führer Trabert einer Mitgliederversammlung des Stolberger S.-D. Ortsvereins beigezogen. Mit dem, was er hier „festgestellt“ haben will, glaubt Trabert den Hirsch-Dunderschen Verrat beschönigen, bzw. aus der Welt schreiben zu können, daher ergreift er mit — Widerwillen die Feder. Sehr sonderbar, nicht wahr? Diese widerwillige Schreiberei Traberts ist denn auch danach ausgefallen. Ganz sentimental verjähert er seinen Lesern, es sei ihm unmöglich, denselben Ton anzuschlagen, wie solcher von den früheren „Bundesgenossen“ beliebt werde. Diese bezichtigt er dann mit nichts dir nichts einfach der „Geistesarmut“, der „Gefühlslosigkeit“ und „Denunziation“, dann schimpft er: „Sie lägen wie die Teufel und schwindeln aus Prinzip“, nachdem er vorher selbst festgestellt hat: „Wer schimpft, hat Unrecht.“ Mehr an Selbsterpöhlerei kann man auch von einer „widerwilligen“ Hirsch-Dunderschen Feder nicht verlangen.

Und nun zu den angeblichen „Feststellungen“, die Herr Trabert zwei Monate nach Dato gemacht haben will. Der Hirsch-Dundersche Führer Hartmann-Achen, dem man in einem Flugblatt den Vorwurf der Erkelentaktik mache, sei in der Versammlung am 12. Januar „nur auf Wunsch und Drängen der Führer des christlichen Metallarbeiterverbandes“ so radikal aufgetreten. — Daß du die Nase ins Gesicht behältst! Ob Herr Trabert an diese angebliche „Feststellung“ selber glaubt? Erst auf Drängen der christlichen Führer soll der Hart-

mann so radikal geredet haben, der in einem gegen die Firma Brym gerichteten Flugblatt nachstehende Töne redete:

„Bräherisch und in der Annahme, die Stolberger Arbeitersehaft sei mit einer Hand voll Silberlinge als Judas zu erkaufen, versucht die Firma Brym in Stolberg, ihre Arbeiter zu entmannen und als Verrat er und Salunken zu stempeln. — Sie zahlt jedem 100 Mark, der auf sein gewöhnlich gewährleistetes Vereinigungsrecht verzichtet und somit zum Heloten und Jammerlappen herabstinkt... „Kollegen! Die Firma will Euch ins Bodschorn laden... Auch möge sich die Firma daran erinnern, daß man mit einer freiheitsliebenden Arbeiterschaft bedeutend weiter kommt, als mit Heloten und unfreien Arbeitern, die nur gezwungen und nur dann ihre Arbeit verrichten, wenn die Untreiber mit der Peitsche dahinter stehen.“

Daß der Mann, der dieses Flugblatt verfaßt, noch von irgend jemand zum Radikalismus gedrängt werden mußte, das glaubt dem Herrn Trabert die älteste Frau Deutschlands nicht. Ebenjowenig wird ein vernünftiger Mensch an die Trabertsche Räubergeschichte glauben, daß man „versucht“ hat, denselben Hartmann, den man erst zu radikalen Tönen gedrängt, nachher „der Staatsanwaltschaft gegenüber zu benutzieren.“ Das ist erstens nicht unsere Art, und zweitens werden wir mit Leuten wie Hartmann und mit der Hirsch-Dunderschen Kampfweise ganz allein fertig.

„Festgestellt will Herr Trabert soeben u. a. haben, daß der Schriftführer Hallas vom Stolberger Ortsverein der S.-D. gar nicht Schriftführer ist. Darüber wollen wir mit Trabert nicht rechten. Demgegenüber halten wir aber fest an der Tatsache, daß dieses Hirsch-Dundersche Mitglied in einer Versammlung am 6. Februar, die sich mit dem S.-D. Verrat bei Brym befaßte, erklärte: „Was die Hirsch-Dunderschen getan haben, ist Arbeiterverrat.“ „Hartmann ist schuld, daß der Streik verloren gegangen ist.“ „Hartmann hat seine Mitglieder nicht gewerkschaftlich geschult.“ „Hartmann ist kein Arbeiterführer, der muß aus unserem Bezirk verschwinden.“

Erst jetzt, nachdem zwei Monate nach Bekanntgabe dieser Äußerungen ins Land gegangen, kommt Herr Trabert von Berlin und verkündet im „Regulator“, Hallas habe gesagt: „Wenn die Ausführungen Schlämmers richtig sind, wäre es Streikbruch“ usw. Sonderbar, nicht wahr?

Was will denn Herr Joseph Trabert mit solcherlei Kinderlischen beweisen? Glaubst er damit die Tatsache des Hirsch-Dunderschen Vertragsbruches und Arbeiterverrats auch nur in etwa beschönigen zu können? Warum geht Herr Trabert auch nach seiner Stolberger Informationsreise an den Feststellungen vorbei, die wir in unserer Nr. 6 vom 8. Februar ds. Js. veröffentlicht haben, obgleich es auf die dort zusammengestellten Tatsachen zur Beurteilung der Handlungsweise der Hirsch-Dunder wesentlich ankommt? Wir stellen damals im Zusammenhang u. a. folgendes fest:

„Der Hirsch-Dundersche Beamte Hartmann hat die Arbeiter in einer Versammlung am 16. Januar mit aller Berechnung aufgepeitscht, indem er ihnen zurief: „Kollegen! Haltet treu und fest zusammen, gebt Euer Recht nicht her um Eu Hinngericht, seid keine Hasen, die beim ersten Schuß laufen gehen, sondern zeigt Euch als Männer, die auch in ersten Stunden zu kämpfen verstehen.“ — In einem Flugblatt (siehe oben) redete derselbe Beamte Hartmann noch eine blutdürstige Sprache.

Die Rede und Schreibweise des Hirsch-Dunderschen Beamten Hartmann beweist schlagend, daß er das Vorgehen der Arbeiter für berechtigt hält; ja, er bezeichnet sie sogar als „Heloten“ und „Jammerlappen“, wenn sie anders handeln würden. Der Beamte Hartmann betrachtet nach seinem Vorgehen den Kampf bei Brym nicht als eine Angelegenheit des christlichen Metallarbeiterverbandes, sondern als eine Sache aller beteiligten Organisationen, ja aller rechtshafenden, selbstbewußten Arbeiter.

Derselbe Beamte Hartmann hatte zwei, drei Tage später die Unbeständigkeit, in einem Schreiben zu verlangen, daß der christliche Metallarbeiterverband seine noch im Betriebe befindlichen Arbeiter geausziehen solle, während die Hirsch-Dunderschen stehen bleiben. Wodurch hatte er aber schon allein mit der Firma Brym geklagelt, um Sondervergünstigungen für seine Organisation zu ergattern, von denen er wußte und wissen mußte, daß dieselben nur versprochen wurden, um die Einigkeit der Arbeiter zu zerstören und der Firma Brym einen leichten Sieg über die Arbeiter zu verschaffen.

Außer dem Beamten Hartmann hatte die Hauptleitung des Gewerksvereins in Berlin den Beamten Gieseler nach Stolberg geschickt, unter dessen Mitwirkung und Beitreten der Vertragsbruch ausgeführt wurde.

Dem Generalsekretär des Hirsch-Dunderschen Gewerksvereins in Berlin wurde von unserm Verbandsvorsitzenden Wic-

ber per Telefon mitgeteilt, welche Rolle seine Beamten in Stolberg auszuführen im Begriff standen.

Die Hauptleitung des Gewerkschafts hat den Vertragsbruch ihrer Beamten nicht verhindert, obwohl sie es konnte und auch vom Verbandsvorstand wieder darauf verwiesen wurde, daß unter solchen Umständen ein Vertrag nicht mehr anrecht erhalten werden könnte.

Diese Feststellungen zur Sache erschienen wie gesagt in unserer Nr. 6 vom 8. Februar. Herr Trabert vom Hirsch-Dundersche Gewerkschaftsvorstand holt sich am 8. März in Stolberg an Ort und Stelle Informationen. Er veröffentlicht darauf in der Nr. 14 des „Regulator“ vom 4. April einen Artikel, in dem er sich mit einem sentimentalen Augenaufschlag über den Ton der Gegner beschwert und — auf den Kernpunkt der Sache nicht eingehend. Kein Wunder also, daß Herr Trabert „mit Widerwillen“ die Feder ergriff — denn der Hirsch-Dundersche Vertragsbruch und Arbeiterverrat läßt sich schlechterdings nicht rechtfertigen. Die Metallarbeiterchaft aber wird es dem Hirsch-Dunderschen Gewerkschaft nicht vergessen, daß er durch sein schmachvolles Verhalten in Stolberg der Arbeiterschaft einen schweren Schlag versetzt hat.

Der Streikposten

Am 22. Mai 1912 wurde im Reichstage die Resolution der Konservativen, welche verlangte, daß noch vor der Revision des Allgemeinen Reichsstrafgesetzbuches ein Gesetzentwurf vorgelegt werde, durch den ein wirksamer Schutz der Arbeitswilligen gegen Hinderung an der Arbeit, Verhöhnungen und Gewalttätigkeiten herbeigeführt werde, mit 283 gegen 62 Stimmen abgelehnt. Staatssekretär Dr. Delbrück hielt die Forderung für unzulässig und unzumutbar.

Trotzdem glaubten die Konservativen, ihre Bestrebungen zur Erreichung eines größeren Schutzes der Arbeitswilligen fortsetzen zu müssen. Wenn sie auch bei der Regierung und im Parlament gar keinen resp. wenig Anklang mit ihrer Forderung gefunden hatten, so konnten sie doch bei Wiederholung eines gleichen oder ähnlichen Antrages auf die Unterstützung der Unternehmerpresse, eines Teiles der Unternehmerverbände, der Handelskammern und sogar einer gewissen Gruppe von Arbeitern rechnen und somit eines größeren, wenn auch nicht durchschlagenden Erfolges sich versprechen. Um ihre Aussichten noch sicherer zu gestalten, beschränkten sie sich in diesem Jahre darauf, nur das Verbot des Streikpostenstehens zu verlangen. Allein, auch mit dieser „kleinen“ Arbeitswilligenschutzforderung hatten sie kein Glück. Sie wurde am 22. Januar im Reichstag mit 282 gegen 52 Stimmen abgelehnt. Wiederum hatte Delbrück als Regierungsvorredner sich am 15. Januar gegen den Antrag erklärt. Nach ihm soll eine eventuelle gesetzliche Erweiterung des Arbeitswilligenschutzes der Neuordnung des Reichsstrafgesetzbuches vorbehalten bleiben. Diese wird aber noch Jahre auf sich warten lassen, und da man aus dem bisherigen Schicksal der konservativen Anträge den Schluß ziehen darf, daß es ähnlichen Forderungen in den nächsten Jahren im Reichstag ähnlich ergehen wird, so kann man annehmen, daß die Rechtsordnung bezüglich des Streikpostenstehens für geraume Zeit so bleiben wird, wie sie ist.

Wie ist es nun rechtlich mit dem Streikpostenstehen bestellt?

1. Das Streikpostenstehen ist grundsätzlich durch Reichsgesetz erlaubt. Maßgebend hierfür ist Paragraph 152 der Gewerbeordnung. Er lautet:

Alle Verbote und Strafbestimmungen gegen Gewerbetreibende, gewerbliche Gehilfen, Gesellen oder Fabrikarbeiter wegen Verabredungen und Vereinigungen zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, insbesondere mittels Einstellung der Arbeit oder Entlassung der Arbeiter, werden aufgehoben.

Die Gesetzesstelle erlaubt zwar nicht ausdrücklich das Streikpostenstehen, wohl aber ihrem Sinne nach. Das ist auch die Ansicht des Reichstages, der Regierung, des Reichsgerichtes und der Wissenschaft. Die Auffassung von Parlament und Regierung geht zur Genüge aus den Reichstagsverhandlungen der letzten Jahre hervor. Das Reichsgericht führt im Urteil vom 30. Oktober 1900 u. a. aus, durch Paragraph 152 der Gewerbeordnung sei nicht bloß der erste Mißbrauch der Verabredung oder Vereinigung straflos, sondern auch die Aufrechterhaltung und Einwirkung auf andere zur Teilnahme, mit Vorbehalt des Paragraphen 153, auch die Einwirkung, um Beeinflussung von anderer Seite

zu paralisieren. Aus diesen Gründen erklärt auch die Wissenschaft das Streikpostenstehen für erlaubt. Vgl. die Kommentare zur Gewerbeordnung von v. Landmann, v. Schider, Stier-Somlo zu Paragraph 152.)

2. Ein Reichsgesetz kann nur durch Reichsgesetz abgeändert oder außer Kraft gesetzt werden. Daraus folgt, daß das Streikpostenstehen nicht allgemein durch landesgesetzliche Maßnahmen verboten werden kann. Ein Versuch in letztgenannter Richtung ist früher einmal gemacht worden. Unter dem 21. April 1900 hatte der sächsische Senat folgende Verordnung erlassen:

Personen, die planmäßig zum Zwecke der Beobachtung oder Beeinflussung der Arbeiter einer Arbeitsstelle oder des Zuges von Arbeitern zu einer Arbeitsstelle an einem öffentlichen Orte sich aufhalten, werden mit Geldstrafe bis zu 150 Mk. oder mit Haft bestraft.

Diese Verordnung lief auf ein glattes Verbot des Streikpostenstehens überhaupt hinaus. Mollenhuth forderte öffentlich zum Ungehorsam gegen sie auf, wurde angeklagt wegen Vergehens gegen Paragraph 110 des Reichsstrafgesetzbuches, vom Landgericht verurteilt, auf Revision hin aber vom Reichsgericht freigesprochen, da die Verordnung wegen Paragraph 152 der Gewerbeordnung ungültig sei. (Entscheidung vom 30. Oktober 1900.) „Seine hohe Aufgabe, ein Hüter des Reichsrechts zu sein, hat das Reichsgericht in diesem Falle erfüllt.“ (Staub in der „Deutschen Juristen-Zeitung“ 6. Jahrg. 1901, S. 110.)

3. Aufgabe des Staates ist es, für Ruhe und Ordnung im Lande zu sorgen und die Freiheit und Rechte seiner Angehörigen zu schützen. Deshalb ist das Streikpostenstehen nicht in der Form erlaubt, daß dadurch die Ruhe und Ordnung gestört und Rechte anderer Personen, wie das des Arbeitgebers auf freien Gewerbebetrieb und das der Arbeiter auf willkürliche Verweigerung ihrer Arbeitskraft, beeinträchtigt werden.

Es darf also das Streikpostenstehen weder zu einer Beeinträchtigung des Publikums, noch zu Ausschreitungen gegenüber den Arbeitswilligen oder Arbeitgebern führen. Unschlüssig der Beurteilung eines Botschafts hat das Reichsgericht (Urteil des 4. Zivilsenats vom 11. Februar 1911, vgl. „Deutsche Juristen-Zeitung“, 16. Jahrgang 1911, S. 1352) gesagt: „Das Postenstehen mag zulässig sein, wenn es sich in bescheidener und unauffälliger Weise vollzieht.“ Das dürfte auch für den Streikposten gelten.

Im Falle des Zuwiderhandelns gegen die staatliche Ordnung treten gegen den Streikposten die Polizei, der Staatsanwalt und die Gerichte in Funktion.

Die Polizei kann einzelne Streikposten wegweisen, wenn das zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe usw. notwendig ist. Unter diesem Gesichtspunkte kann sie das Streikpostenstehen in bestimmten Fällen auf bestimmten Plätzen und Straßen gänzlich untersagen. Wird z. B. eine Fabrik an der Straße bestreift und ist es schon zu Zusammenstößen zwischen Arbeitswilligen und Streikposten gekommen (bei den großen Krawallen nützen sich Arbeitswillige und die Masse der Streikenden, nicht die Streikposten als solche gegenüberzustellen — vgl. die Bergarbeiterstreiks —) oder ist der Arbeitgeber oder sein Personal von dem Streikposten bedroht und beleidigt worden und sind Wiederholungen von Ungehörigkeiten solcher Art für die Zukunft zu befürchten, so kann die Polizei das Streikpostenstehen nicht nur an den Zugängen zur Fabrik, sondern auch in weiterer Entfernung davon auf der Straße untersagen. (Vgl. v. Landmann: Der Schutz der Arbeitswilligen, in der „Deutschen Juristen-Zeitung“ vom 1. Februar 1913.) Zuwiderhandelnde kann die Polizei mit Gewalt entfernen.

Diese Rechte der Polizei ergeben sich letzten Endes aus ihrer im Allgemeinen Landrecht von 1794 § 10 II 17 umschriebenen Aufgabe:

Die nötigen Anstalten zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung, und zur Abwendung der dem Publikum oder einzelnen Mitgliedern desselben bevorstehenden Gefahr zu treffen, ist das Amt der Polizei.

In den meisten Städten existieren Straßenpolizeiverordnungen, wonach der zur Aufrechterhaltung der Ruhe, Ordnung und Sicherheit des Verkehrs ergangenen Aufforderung der Aufsichtsbeamten bei Strafe Folge zu leisten ist.

Auf Grund dieser Bestimmungen, die nach höchstgerichtlichen Entscheidungen (vgl. Entscheidung des preussischen Kammergerichts vom 28. September 1903, mitgeteilt in der „Deutschen Juristenzeitung“, VIII. Jahrg. 1903, S. 527) gültig sind, ist die Polizei berechtigt, Streikposten, die der im verkehrspolitischen Interesse ergangenen Aufforderung, sich zu entfernen, nicht Folge leisten, in Haft- oder Geldstrafe zu nehmen. Gegen derartige polizeiliche Strafverfügungen

kann natürlich die Entscheidung des Richters angefochten werden. Jedoch vertreten die Gerichte durchweg den Standpunkt, daß sie zur Feststellung der Frage, ob die Strafverfügung zu Recht oder zu Unrecht ergangen ist, nur zu prüfen haben, ob der Aufsichtsbeamte (Schutzmann) mit der Aufforderung die Erhaltung der Ruhe usw. beabsichtigte, nicht auch, ob die Aufforderung objektiv notwendig war. (Vgl. Entscheidung des Sächsl. Oberlandesgerichts vom 9. Juli 1903, 31. Dezember 1903 und 14. Dezember 1905 in Annalen 25, 297 und 499, des preussischen Kammergerichts vom 19. Juni 1905 in „Deutsche Juristenzeitung“, 10. Jahrg. 1905, S. 653.) Praktisch bedeutet diese Rechtsprechung eine Gefährdung des Rechts des Streikpostenstehens, da seine Ausübung von dem Ermessen der Aufsichtsbeamten, also der gewöhnlichen Unterbeamten (Schutzleute) abhängig ist.

Der Staatsanwalt und die Gerichte treten gegen diejenigen Streikposten in Tätigkeit, welche ein Strafgesetz verletzt haben. In Betracht kommen die Bestimmungen des Reichsstrafgesetzbuches über Beleidigung § 185 ff., Körperverletzung § 223 ff., Nötigung und Verhöhnung §§ 240, 241, Hausfriedensbruch und Landfriedensbruch §§ 122 bis 125, Sachbeschädigung § 303 ff., Widerstand gegen die Staatsgewalt § 113. Die erregte Stimmung in der Arbeiterschaft zur Zeit des Ausstandes, ihre Erbitterung gegen die Unternehmer und Arbeitswilligen führt dann und wann zur Verübung der oben genannten Vergehen. Diese ziehen Geld-, Haft- oder Gefängnisstrafe nach sich. Die gefährlichste Bestimmung für die Streikposten ist jedoch § 153 der Gewerbeordnung, wonach

mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft wird, wer andere durch Anwendung körperlichen Zwanges, durch Drohungen, durch Ehrverletzung oder durch Verurteilung bestimmt oder zu bestimmen versucht, an einem Streik teilzunehmen oder andere durch die gleichen Mittel hindert oder zu hindern versucht, von einer Streik- oder Sperrverabredung zurückzutreten.

Die Gefahr der Übertretung dieser Vorschrift liegt für den Streikposten besonders nahe wegen der Dehnbarkeit der Begriffe körperlicher Zwang, Drohung und Ehrverletzung (Verurteilung kommt nicht in Betracht). Der Begriff des körperlichen Zwanges ist weiter als der der Gewalt. Er umfaßt verbreiteterer Ansicht nach jede Beeinträchtigung der freien körperlichen Bewegung. (Urteil des Kammergerichts vom 10. Februar 1908.) Vertritt also ein Streikposten einem Arbeitswilligen den Weg, um ihn zur Teilnahme am Streik zu bewegen, so verzeiht er sich gegen § 153. Eine Drohung wird nach § 153 schon dann für strafbar erachtet, wenn der Drohende zu ihrer Ausführung kein Recht hat; auf die Form der Drohung und auf die Art des angebotenen Übels kommt es nicht an. Es ist also sowohl gleichgültig, ob die Drohung ernst gemeint war, als auch, ob mit einem Verbrechen oder Vergehen oder sonst irgend einem Übel gedroht wird. Der Begriff der Ehrverletzung ist noch weiter als der der einfachen Beleidigung. Im Hinblick auf diese Gesetzesbestimmung mag also der Streikposten doppelt auf Zurückhaltung bedacht sein, zumal sie nur Gefängnisstrafe kennt und im Gegensatz zu manchen Bestimmungen des Reichsstrafgesetzbuches ohne Antrag von Seiten des Verletzten Verwirklichung findet. Für die Ausübung des Rechts, Streikposten zu stehen, ist die Strenge nicht so gefährlich wie bei den oben angeführten Umständen, daß die Gerichte nicht nachsprühen haben, ob die von den Beamten vorgenommene Wegweisung notwendig oder zweckmäßig war. Immerhin mußte in beiden Punkten Wandlung geschaffen werden. Wegen des ständig steigenden sozialdemokratischen Terrorismus wird sich aber eine Änderung von Gesetz und Rechtsprechung zugunsten der Arbeiterschaft kaum erzielen lassen.

Wird das Recht des freien Gewerbebetriebes durch den Streikposten verletzt, so kann auch das Zivilgericht gegen ihn vorgehen, und zwar, indem es durch einstweilige Verfügung (§§ 935 ff., 890 der Zivilprozessordnung) einzelnen Personen das Streikpostenstehen verbietet und den Verbänden untersagt, Streikposten auszustellen. Für jeden Fall der Zuwiderhandlung kann Geldstrafe bis zu 1500 Mk. oder Haftstrafe bis zu 6 Monaten festgesetzt werden. Der Fall ist im Frühjahr 1912 in Solingen praktisch geworden. (Vgl. „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ vom 6. April 1912, S. 81.)

*) Die Gegner des Koalitionsrechtes versteigen sich sogar manchmal zu der Behauptung, jeder Streikposten bedeute für die Arbeitswilligen schon an sich eine Drohung im Sinne des § 153. Das ist natürlich übertrieben und die Gerichte haben auch noch nicht unter dieser Begründung Streikposten verurteilt. Wichtig ist aber, daß eine Drohung in betrafung der Streikposten liegen kann.

Geschichte des „Phönix“

Allgemeine Gesellschaft für Hüttenbetrieb und Bergbau.

Von G. B.

Das war eben ein gutes kleines Ackerland, wo sich jetzt in Ruhrort der Hauptort einer der größten Montanindustrien Deutschlands befindet. Hier, wo und breit in der leuchtenden Frucht der Weizenlage bis tief zum Korben, wo sie in das dunkle Blau des Himmels tauchen. Jetzt aber ziehen sich dort Eisenbahnschienen quer über das weite Feld des Sommermittags und hinter Häusern und Schiffsanlegern mit ihren sommerlichen Bäumen steigt zerschmetternd, sich bellender und zusammenstößernder Rauch empor. Dazu Tröden und Hängen und Klängen in den Bergen und kraftvoll schreiende Klänge im blauen Mittel.

Wie Vorgänger reden die Geschichten in die Luft; von ihren mächtigen tragenden Zinnen lösen weisse Flammen und keine zellulose Dunstschleier wehen darüber her. Die schwarzen, langgestreckten Gebäude, deren Oberer sich bis an den Himmel und im Osten bis nach Weidenrich dehnen, stehen so stark gerundet und festgefügt aus, als könnten sie selbst dem wandelbaren Gesicht mit starrer Stirn Trotz bieten. Dieses Einbruches kann man sich nicht erwehren, wenn man die hohen Hütten im Dunst der hochstehenden Flammen und hundertköpfiger Eifen gesehen hat. Und doch haben gerade die Hütten des Phönix eine wechselvolle Geschichte durchlebt; Zeiten des höchsten Glanzes stehen Tage des Niederganges gegenüber. Ein reiches Gemälde voll dunkelster Konturen und hellstem Blau. Der Rahmen des bunten Bildes, der es zusammenhält, ist reich der gleiche geblieben. Mit harter Energie steuert ihn seine Kapitane durch die Klüften des Wirtschaftens.

Sechzig Jahre sind verfloßen, als der Grundstein zu diesem Hüttenwerk gelegt wurde. Darum erscheint es uns angebracht, in wenigen Zeilen auf den Werdegang zurückzukommen. Die General-Direktion hat zu dem Schicksal ein Buch heraus-

gegeben, dem die folgenden Daten entnommen sind. Deutschland, das bis 1830 unter dem Frost und der Kälte der systematischen Abschließung der Staaten untereinander fast tot lag, begann sich zu regen und ein kräftiger Frühlingwind neuer Ideen und neuer Zeit brach die Eisdecke. Durch die Gründung des Zollvereins und den Fall der Zollschranken, die schon zu lange einer wirtschaftlichen Entwidlung Deutschlands hindernis gewesen waren, wurde der Keim für das Emporblühen unserer jetzt so mächtigen Industrie in die Erde gesenkt. Die gewaltige Entwicklung, die das Ruhrland Frankreich genommen, spornte die Kräfte Deutschlands zu eiferiger Weiterentwicklung an. Der Bedarf an dem Hauptrohstoff aller Gewerbe, an Eisen, stieg gewaltig und die geringen Quantitäten, die in den Holzschleifhöfen der Wälder des Siegerlandes hergestellt wurden, genügten in keiner Weise. Man begann bei der Eisenherstellung ein neues Verfahren in Anwendung zu bringen, nämlich das Eisen mit Hilfe von Steinkohlenkoks zu erhitzen. Gestützt auf die reichen Kohlenlager des rheinisch-westfälischen Industriegebietes, setzte dort die Entwicklung mächtig ein, wobei die Benutzung der westfälischen Erze sehr zu nützen kam. Schon früh erkannte man die günstige Lage Ruhrorts, das durch seinen bedeutenden Hafenkomplex, seine Eisenbahnhäfen und den Verkehr mit den belgischen und holländischen Seehäfen zur Gründung eines Unternehmens sehr geeignet schien.

Bei der Entstehung der Gesellschaft „Phönix“ war vor allem französisches Kapital tätig, entgegen der Grundlegung des Förder-Vereins und Bergwerksvereins, wobei fast ausschließlich deutsche Gelder beteiligt waren und bei der, um die Hebung der rheinischen Industrie so hervorragende Mission leitete. Deutschland selbst verfügte eben in damaliger Zeit nicht über die nötigen Kapitalien, um mehrere große Werke den Ansprüchen der Zeit entsprechend einzurichten und die Unterstützung mit französischem Kapital gab daher vielfach erst den Anstoß zur Entwicklung.

Die Gründung der Gesellschaft „Phönix“, anonyme Gesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb, erfolgte am 16. September

ber 1852 und verfolgte den Zweck des Bergbaues auf allen Gruben, die sie erwerben oder anpachten wird, der Verhüttung oder Verwertung der gewonnenen oder angekauften Erze, insbesondere der Errichtung von Hochöfen zur Herstellung von Roheisen. Das Kapital wurde auf 1,5 Millionen Taler = 4,5 Millionen Mark festgelegt, von dem bis zum 3. Januar 1853 870 000 Taler gezeichnet waren. Jetzt konnte die Gesellschaft daran denken, ihre Arbeiten auszuführen. Sie übernahm die Puddel- und Walzwerke Michiels und Co. in Schwelmer, welche von vornherein als Grundstock des neuen Unternehmens in Aussicht genommen waren und die mit einer Jahresproduktion von 20 000 Tonnen Eisenerzeugnissen zu den größten Anlagen Deutschlands zählten. An die Schaffung von Hochöfen trat der Phönix bald heran und da die Unterhandlung mit der Firma Detillieux, die in Vorbed ein bedeutendes Hochöfenwerk besaß, scheiterte, entschloß sich die Gesellschaft zur Errichtung eigener Hochöfen. So entstanden die Werke zu Kupferdreh und Ruhrort, von denen sich letzteres bald zum mächtigsten Süttenwerk heranbildete und den Namen der Gesellschaft erhielt. Da die Nachfrage nach Eisenerzeugnissen stieg, schien es geboten, die Produktion an Roheisen zu vergrößern, andererseits war es notwendig, die neue Ruhrorter Anlage mit Puddel- und Walzwerken zu versehen. Wiederum trat man an die Firma Detillieux heran und die Verhandlungen hatten die Verschmelzung des Puddel- und Walzwerkes mit „Phönix“ zur Folge. Die Hauptanlagen des „Phönix“ waren das Vorbeder Werk mit 4, das Ruhrorter mit 4 und das Werk von Kupferdreh mit 3 Hochöfen. Die Roheisenerzeugung erreichte im Jahre 1856 den hohen Stand von 90 000 Tonnen. Die Fabrikation von Fertigwaren schnellte innerhalb zweier Jahre 1854—1856 bei dem Ruhrorter Werk von 5000 auf 30 000 Tonnen und ließ die Verarbeitung des Roheisens zu Fertigfabrikaten erfolgte fast ausschließlich in den Anlagen zu Schwelmer und Ruhrort. Die Hauptproduktionskraft der Gesellschaft waren Eisenbahnanlagen mit

Ob die Arbeitswilligen auf Grund ihres Anspruchs gegen den Staat auf Schutz der persönlichen Freiheit, ihres Rechts auf freie Verwertung ihrer Arbeitskraft eine ähnliche Maßnahme erzielen können?

Zur Lage der Pader in der Eisen- und Metallwaren-Industrie

Die Verhältnisse der in der Metallindustrie beschäftigten Pader sind fast durchweg schlecht und bedürfen dringend der Besserung. Lange Arbeitszeit, Überstunden und Sonntagsarbeit sind an der Tagesordnung. Die Löhne stehen, mit einigen Ausnahmen unter dem Durchschnittsverdienst der in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter. Die Arbeitsräume sind meistens klein und können nur ungenügend gelüftet und geheizt werden.

Der Paderberuf wird von den Arbeitgebern als ein nicht direkt produzierender angesehen und daher als ein „notwendiges Uebel“ betrachtet, das da sein muß und nichts einbringt. Trotzdem an die Pader betreffs Arbeitsleistung, Treue und Gewissenhaftigkeit die höchsten Anforderungen gestellt werden, glaubt man sie mit niedrigen Löhnen abspießen zu können. Drei, vier Jahre muß der Pader lernen. Als Entschädigung für die Arbeitsleistung während der Lehrzeit wird höchstens zwischen 1 Mark bis 1,50 Mark pro Tag ausgezahlt. In seltenen Fällen erfolgt eine höhere Bezahlung. Nach Ablauf der Lehrzeit steigt der Lohn allmählich. Zwischen 3 Mark bis 4 Mark beträgt der Durchschnittsverdienst eines erfahrenen Paders. Löhne von 2,25 Mark bis 2,50 Mark für ältere Pader zwischen 40 und 50 Jahren sind keine Seltenheiten.

Infolge der schlechten Entlohnung tritt Unterechnung ein und die Zahl der Erkrankungen steigt rapide. Die Arbeitsräume sind meistens klein und niedrig. Als Pader sind nach Ansicht der Arbeitgeber alle nur eben aufrechenbaren Räume gut genug. Ventilatoren oder Staubsaugapparate kennt man in keinem Pader. Der Staub von den zu verpackenden Waren und dem dazu benötigten Papier, dazu der lästige Geruch des zur Ausfüllung zu benutzenden teils verfaulten Stroh's und Packer's und die gebüdete Arbeitsweise begünstigen die Lungenkrankheiten. Gibt es doch Betriebe, wo innerhalb weniger Jahre die Hälfte der Pader an dieser Krankheit gestorben sind und ihre Familien in bitterer Not zurücklassen mußten.

Transportgeräte oder Einrichtungen, wie Karren und Aufzüge mit Kraftantrieb fehlen vielfach. Einfache Winden oder Aufzüge mit Handantrieb, die übermäßige Anstrengungen an die Kräfte der Pader stellen, sind meistens noch vorzufinden. Ladebühnen gibt's nur wenige, die den gestellten Anforderungen genügen. Durch die übermäßigen Anstrengungen, die in solchen Betrieben notwendig sind, werden öfters Verheben und daraus entstehendes Siedtum hervorgerufen, an denen viele Pader zu leiden haben.

Um bessere Verhältnisse für den Paderberuf zu schaffen, ist es notwendig, daß sich alle Pader aus der Metallindustrie dem christlichen Metallarbeiterverband anschließen. Nur durch den Zusammenschluß in einer starken Organisation ist es möglich, Verbesserungen durchzuführen. Nicht Arbeitsfrieden hebt die Lage, sondern energisches Handeln in Hand arbeiten, gemeinsames Eintreten für die Erhebung des Standes, kann Verbesserungen bringen. Darum Pader der Metallindustrie, kämpft für eure wirtschaftliche Besserstellung, tretet ein in die Reihen der Kämpfer für bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

Auskömmlicher Lohn, Vereitelung der Mißstände, Anbringung von Ventilatoren und Staubsaugapparaten, Beseitigung von Überstunden und Sonntagsarbeit, Verkürzung der Arbeitszeit, Einführung des Samstag-Frühschlusses, sind die hauptsächlichsten Forderungen, die für den Paderberuf in Frage kommen und durchgeführt werden müssen.

Um an allen Orten eine planmäßige Durchführung vorstehender Forderungen zu ermöglichen, ist die Einführung von Padersektionen erforderlich, um in öfteren Zusammenkünften der Sektionen durch allgemeine Ansprachen über die Verhältnisse in den einzelnen Betrieben ein genaues Bild zu gewinnen und ein einheitliches Vorgehen zu ermöglichen. Bei derartigen Zusammenkünften würde sich durch Vorträge und Austausch von Erfahrungen vieles für eine berufliche Ausbildung erzielen lassen.

etwa 36 000 Tonnen im Jahre 1856, die vornehmlich in Ruhrort gewalzt wurden.

Durch die guten Ergebnisse ihrer Produktion war die Gesellschaft zu einer der bedeutendsten der damaligen Zeit geworden. Sie vereinigte alle Arten und Zweige eines großen, durchgebildeten Unternehmens: Kohlenförderung, Eisenerzförderung, Hoheisenherstellung und Erzeugung von Fertigfabrikaten. Dazu kam, das Handel und Gewerbe in Deutschland einen niegeahnten Aufschwung nahmen. Die Nachfrage an Eisenwaren war daher von Jahr zu Jahr gestiegen und die Preise hatten sich um 25 Prozent erhöht.

Nach diesem glänzenden Aufschwung zeigten sich im Jahre 1857 die Merkmale des hereinbrechenden Niederganges, der durch verschiedene Mißstände herbeigeführt wurde. Zunächst war es der Arbeitermangel und das Fehlen von guten Technikern, die das ganze Programm beherrschten, dann die schlechte Eisenzufuhr, da infolge des niedrigen Wasserstandes der Lohn diese nicht befördert werden konnten. Zudem lagen einzelne Betriebsstätten zu weit auseinander, was bei den mangelhaften damaligen Verkehrsverhältnissen sehr ins Gewicht fiel. Einzig Ruhrort machte infolge seiner günstigen Lage eine Ausnahme, während die Herstellung der Waren in Eckweiler oder Vorbeck sich durch die großen Frachtkosten sehr verteuerte; oft mußten so gar infolge Ausbleibens der Lieferung die Betriebe stillgelegt werden. So waren schließlich von den 11 Werken noch drei im Feuer. Die Hoheisenproduktion sank bei den Werken in Vorbeck und Ruhrort von 22 000 auf 10 000 Tonnen bzw. von 15 000 auf 9 000 Tonnen.

War im Jahre 1857 fast allein die Geschäftslage für Hoheisenproduktion schlecht gewesen, so sanken im Jahre 1859 auch die Preise für Fertigfabrikate und insbesondere für Schienen um ein bedeutendes. Unter diesen schlechten Umständen brach im Jahre 1859 die allgemeine Krise aus, unter deren Last das junge, tatkräftige Königs-Unternehmen fast zusammenbrach. Der Reingewinn der Gesellschaft war von etwa 1 Millionen Mark 1855 auf 120 000 Mark im Jahre 1858 zurückgegangen und das Jahr 1859 brachte ein Defizit von 395 000 Mark. Die Werke arbeiteten mit erheblichen Einschränkungen oder lagen still. Die Schuldenlast war auf 7 Millionen Mark angewachsen und der Zusammenbruch schien unvermeidlich zu sein.

Fortsetzung folgt.

Pader der Metallindustrie! Soll auf wirtschaftlichem Gebiete Ersprießliches erreicht werden, so ist eine zielbewusste Arbeit im Rahmen einer wirtschaftlichen Organisation notwendig. Nicht Phrasendruck und rabiales Schimpfen kann Verbesserungen bringen, geballte Fäuste in der Tasche machen bringt euch auch keinen Schritt vorwärts, wohl aber rückwärts. Wollt ihr eure Lage heben, wollt ihr bessere Bezahlung eurer Arbeitskraft und Verkürzung der Arbeitszeit haben, soll nicht länger Krankheit und Not euch bedrücken, so ergreift die oar- gebotene Bruderhand, tretet ein in die Reihen der Kämpfer für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, in den christlichen Metallarbeiterverband.

Bereinzelt seit ihr schwach, verbunden stark und mächtig. V. Hagen.

Ein „Taktiker“ des sozialdemokratischen Metallarbeiter-Verbandes

Die Eisenarbeiter „Freie Presse“ (Nr. 65, 1913) und die „Metallarbeiterzeitung“ (Nr. 12, 1913) brachten einen Artikel, der sich mit der Taktik christlicher Gewerkschaftsführer in Minden befaßt. Die „Freie Presse“ hat uns den Ge- fallen getan und mitgeteilt, daß ihr der Artikel von der Ortsverwaltung Hagen des Deutschen Metall- arbeiterverbandes zugesandt wurde. Wer von den Lesern der „Freien Presse“ nicht gelacht haben, als er hörte, daß ausgerechnet Hagen der Metallgenossen über Taktik reden wollen? Hätten doch gerade diese alle Ursache, hüßlich den Mund zu halten, wenn das Kapitel Taktik behandelt wird. Zum Beweise dessen wollen wir nicht weit zurück- greifen, obgleich das reichhaltige Material dazu reist. Be- ginnen wir mit 1909, dem Amtsantritt des „Taktikers“ Ernst. Ehe der Mann sein Amt übernehmen konnte, wurde der Genosse Donath, jetzt in M. Glabbach, gemahregelt. Die Ursache war die: Der unter Donaths Leitung Anfang 1909 inszenierte Streik der Hammerhämmer verfrachtete nach kurzer Dauer. („Taktiker“ Ernst hatte es damals erst zum Ver- waltungsvorstandesmitglied gebracht, konnte also seine „Taktik“ noch nicht „krahlen“ lassen.) Weil Donath also nicht richtig kalkuliert hatte, wurde er in einer stürmisch verlaufenen General- versammlung seines Postens entsetzt, aber wie es bei den Genossen sonst heißt: gemahregelt. Die Sperre wurde jedoch nicht verhängt — trotzdem Ruzog anrückte. Der 2. Revolutionsrat, Gieseler, lehnte es ab, den gemahregelten Kollegen zu ersetzen. Gewählt wurden nun Josef Ernst, der sich um den Posten beworben hatte.

Nachdem Donath also Hagen verlassen, konnte Ernst seine Tätigkeit beginnen. Zunächst lernten wir seine „Taktik“ ken- nen beim Streik der Febrerichter der Firma Buschhaus und Plate. Nach längerem Warten Streik war Ernst mit seiner — „Taktik“ am Ende; der Streik brach elend zusammen. Doch das lag nach Ernst beiseite nicht an seiner „Taktik“. Die Hirsche haben Verrat gelbt, Streik- brecher gestellt, so schrieb Ernst in die öffentliche Protest- versammlung hinein, diese Organisation hat das Recht ver- wirkt, sich als Vertreter von Arbeiterinteressen aufzuführen, sie ist gleichwertig mit dem gelben Bund“. Die Hirsch-Dunderschen wieder erklärten, daß nur die Tollpatschigkeit der roten Füh- rer den Ausgang des Streiks verschulde. Na, es war — „Taktik“!

1910 kam die Metallarbeiterausperrung. Wochenlang haben sich die Arbeiter, die ja, soweit sie organisiert in ihrer Mehrzahl rot organisiert waren, bemüht, dem Zwangsarbeitsnachweis zu befeigen. Trotzdem mußte er hin- genommen werden. Aber alle Welt wird sich sagen, wo doch „Strategen“ wie ein Herr Ernst tätig sind, muß es doch ein Leichtes sein, die Unternehmer auf die Kniee zu zwängen. Doch anscheinend waren die roten „Taktiker“ 1910 mit ihrem Gebührens nicht zu Hause. Der Arbeitsnachweis wurde ein- geführt.

Nur nach der Aussperrung reichte her sozialdemokratische Metallarbeiterverband der Firma Wippermann einen Tarif ein. Der „Taktiker“ hatte schon vorher heraus be- kommen, daß „Tarif einreichen“ und „Tarif unterschreiben“ eine ganz harmlose Sache sei. Die Firma soll aber zum Erlaunen der Deutschen den überhandten Tarif in den Ofen geschickt haben. Noch mehr! Sie beantwortete den überhandten Tarif mit einer ganz horrenden Lohnreduzierung. Was tat „man“ nun? Kämpfte man ernsthaft, um den Tarif durchzu- brücken? Zwo, fiel dem „Taktiker“ gar nicht ein! Die betr. Abteilung, der man den Weg machen wollte, durfte einige Zeit streiken, und, da die Firma nicht nachgeben wollte, endete auch diese „Tarifbewegung“ mit einem vollen Fiasko. Wiederum lag die Schuld an der roten „Taktik“; nein, pardon! Die Hirsch-Dunder hatten „Streikbruch“ verbt, wie die Genossen sagten und „die Niederlage verschuldet“. Der angegriffene Hirsch-Dundersche Beamte hingegen schrieb, daß nur die „Un- beholfenheit“ der roten „Taktiker“ Schuld an dem Ausgang der verkrachten Bewegung trüge.

Allem Anschein nach war Ernst es damals leid geworden, länger simpler Gewerkschaftsbeamter zu sein. Er ging daher eines guten Tages ans Telefon und stellte sich der Firma Bogel u. Schenau-Rabel als der Herr Ingenieur der Firma Schenau-Rabel und Co. vor. Auf Grund dieser verlogenen Angabe verschaffte sich Ernst eine Auskunft, die er auf geradem und ehelichen Wege nicht erhalten hätte. Was war das? Nun, um mit Ernst zu sprechen, „Taktik“. Weil wir das nicht einsehen wollten, sondern das Kind beim richtigen Namen nannten, hat uns Ernst Feindschaft geschworen. Noch vor einigen Wochen beklagte er sich ganz bitterlich darüber, daß wir ihm die Geschichte wieder vorgehalten. Ernst meinte bei dieser Gelegenheit, daß man doch ein „bummer Taktiker“ sein müsse, wenn man so etwas nicht machen würde. — Ein feines Bekenntnis!

Ueber den töpften Verrat, den die Genossen 1911 bei Aus- bruch von Differenzen auf dem Gußstahlwerk Eiden- Hagen verübten, haben wir in unserem Organ mehrfach berichtet. Um den Verrat zu vermindern, heruchte „man“ die Sache in der ganzen sozialistischen Presse so darzustellen, als ob wir ohne Ursache die Bewegung für beendet erklärt hätten. Dabei wußten die roten „Taktiker“ ganz genau, daß sie in ganz schädlicher Weise die Einigkeit der Eidenischen Arbeiter gestört, und daß unsere Kollegen in geheimer Abstimmung beschlossen hatten — um nicht in offenen Kampf verraten zu werden — ein Vorgehen mit dem roten Verband abzuschließen. Wenn die Genossen heute den Trummerhaufen be- sehen, der ihnen von der damaligen Bewegung bei Eiden übrig geblieben ist, so muß ihnen zum Bewußtsein kommen, daß dieser Verrat es war, der die eigenen Reihen erschütterte. Die Eidenischen Arbeiter haben damals erfahren,

was rote „Taktik“ ist. Fein wurde die — „Taktik“ hernach noch besonders durch Herrn Ernst gestaltet. Als Antwort auf unsere, dem roten Verband gemachten Siege, verbrach Ernst ein Flugblatt, wie er wohl noch kein „schöneres“ und — teureres gemacht hatte. Voll von Beschimpfungen gegen uns, hatte Ernst auch einen Kollegen von der Firma Eiden und Co. heruntergemacht. Der Kollege klagte gegen Ernst und was war der Erfolg? In erster Instanz erhielt Ernst eine Diplomierung seines Schimpfungsblattes im Betrage von 100 Mark, außerdem sollte er sämtliche Kosten bezahlen. „Taktiker“ Ernst legte Berufung ein; doch je mehr der neue Termin heranrückte, um so schwächer wurde es ihm anscheinend. Aus guten Gründen bot er vor Eintritt in die Verhandlungen einen Besch- und wehmütigen Vergleich an, der auch angenommen wurde. Sämtliche gerichtlichen und außergerichtlichen Kosten mußte Ernst übernehmen, um die Sache aus der Welt zu schaffen. 4—500 Mark dürfte diese „Taktik“ wohl gekostet haben. Ernst sprach damals die Bitte aus, wir möchten an den Vergleich bei der Veröffentlichung keinen „Schwanz“ hängen. Wir sind dem nachgekommen. Einmal aus Mitleid, weil wir uns sagten, der Mann ist schon genug gestraft, dann aber steht uns die Einigkeit der Metallarbeiter viel zu hoch, um jeden Herzensfall derartiger „Taktiker“ unnötig beizutreten. — Kurz hernach wurde der Reaktor der „Metallarbeiterzeitung“, Scherm-Stubgart, gleichfalls mit 100 Mark Geldstrafe belegt, weil er einen Artikel gegen die Hirsch-Dunder aufgenom- men hatte, dessen Verfasserschaft Ernst nicht abgestritten hat. Kostenpunkt dieser „Taktik“ 5—600 Mark.

Daß man das „Maul aufreißt“ nicht zu stark be- treiben soll, davon kann Ernst also viel erzählen. Vielleicht ist er so freundlich und teilt in der nächsten Nummer der „Metallarbeiterzeitung“ einmal mit, wie viel Mitgliederbeiträge erforderlich waren, um die auf Grund seiner „Taktik“ resp. Maulaufreißerei verursachten Gerichtskosten und Strafen zu begleichen. —

Einen schönen Beitrag zur Illustrierung der Ernstischen „Taktik“ gab uns auch die vorjährige Arbeitsnachweisbewegung. In den Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverein wurde u. a. von uns der Vorschlag gemacht, einen Paragrafen, der die 14tägige Sperre eines Arbeitsuchenden generell vorlag, falls dieser sich unbotsmäßig auf der Nachweisstelle benommen hätte, umzuändern, indem es heißen sollte, der Betreffende kann 14 Tage gesperrt werden. Ernst war es, der treuherzig meinte, „auf diesen Vorschlag legen wir keinen Wert“. Was die Arbeit- geber gedacht haben, als ein Arbeiterführer, der sich angeblich die Bekämpfung des Zwangsarbeitsnachweises zum Ziel gesetzt hat, diese Umkehrung tat, kann man sich denken. Erst nachdem wir auf die Bedeutung dieser Uenderung hingewiesen, war auch Ernst dafür zu haben. Das Schönste kam nun folgenden Tages. Ernst referierte in einer größeren Versammlung. Der- selbe Mann, der Tags vorher den Vorschlag der Christlichen als nicht wichtig bezeichnete, der stellte sich nun in der Ver- sammlung hin und vries den angenommenen Antrag als einen der schönsten Erfolge. Selbstverständlich war's nun ein Erfolg roter „Taktik“!

Wir möchten diese Charakterisierung der Hagenen roten „Taktiker“ fortsetzen, glauben aber, daß sie genügt um zu be- weisen, welche Geistes Kinder jene Deutschen sind, die in breit- spuriger Weise andere Organisationen kritisieren wollen. Der bisherige Erfolg der roten „Taktiker“ war, daß die Geschlossen- heit der Hirschen Arbeiterkraft sehr gelitten hat; Hunderte von Mitgliedern haben im Vorjahre der Hagenen Verwaltungsstelle des sozialdemokr. Verbandes den Rücken gekehrt. Einer der roten Führer im Bezirk Schwente im Vorjahr noch tapfer das rote Fahnen. Und die Gelben trennen sich her fruchtbarer Agitation, wie sie durch die „Taktik“ der Hagenen Metallgenossen für ihre Bewegung betrieben wird. Wie Ernst selbst zugab, traut er seinen ersten Vertrauensmännern schon zu, daß sie sowohl dem roten Metallarbeiterverband, wie auch den gelben Verbänden angehören. Hätte man da nicht alle Ursache für eine Geschlossenheit der Arbeiterschaft einzutreten? Oder haben die Genossen kein Gefühl dafür, wie bitter die Arbeiter unter den Folgen der gelben Agitation leiden müssen? Fast scheint es so. Der christliche Metallarbeiterverband wird sich durch die An- griffe der Gegner nicht beirren lassen in seinem Streben, die Interessen der mächtigen Metallarbeiter entschieden zu ver- treten. Dieses Streben wird anerkannt; das beweist das stete Vorwärtstreiben. Die Arbeiterschaft des Hagenen Bezirks wird aber alles daran setzen, um jenen Arbeitern die Augen zu öffnen, die sich durch den Fanatismus sozialdemokratischer Führer bewegen lassen, gegenseitige Bekämpfung zu betreiben, anstatt für angemessene Lohn- und Arbeitsbedingungen einzutreten.

Das Reichswohnungsgezet unter dem Tilsch.

Seit vielen Jahren verlangen einsichtige Sozialpolitiker und Wohnungsreformer und mit ihnen weite Kreise des Volkes, daß das Wohnungsweisen reichsgesetzlich geregelt und insbesondere eine Wohnungsreform zugunsten der Minderbemittelten unseres Volkes, mit Hilfe des Staates und der Gemeinden durchgeführt werde. Auf keinem Gebiete der Sozialreform ist der Ge- gensatz zwischen Verlangen und Gewähren so groß, wie in der Wohnungsfrage. Ganze Bibliotheken, Bücher und Schrif- ten sind darüber geschrieben und ungemein viel ist dazu geredet worden, gesehen ist aber noch wenig.

Ganz abgesehen von den großen Schwierigkeiten einer um- fassenden, gesetzlichen Regelung des Wohnungsweises sehen wir der Boden- und Kapitalpekulation interessierte Kreise dem auch Widerstand entgegen. Die aus dem allgemeinen gleichen Wahl- recht hervorgegangene Parlamente der süddeutschen Staaten wie auch der Reichstag haben sich jedoch längst durch Annahme von Resolutionen und Anträgen für eine gesetzliche Regelung des Wohnungsweises ausgesprochen.

Der verflozene Reichstag unternahm in dankenswerter Weise wieder einen Vorstoß auf diesem Gebiete. Er setzte im März 1912 eine besondere Kommission ein zur Beratung einer Reihe von Anträgen aus der Mitte des Hauses, diese stellte sich, gegenüber reservierenden Vorstellungen vom Regierungstische aus, auf den Standpunkt: Das Reich ist kompetent. Von dieser Kommission und vom Reichstag wurde dann die Vorlage eines Gesetzesentwurfes verlangt, mit Mindestvorschriften zur ge- sundheitslichen und sittlichen Ausgestaltung des Wohnungswe- sens, die Einführung einer Wohnungsaufsicht, die Bereitstellung von Geldmitteln, wie von Baugelände im Erbbaurecht. Das Vorgehen des Reichstags berechtigte zu der Hoffnung, daß man nun endlich weiter kommen werde, zumal auch Vertreter der Regierungen, insbesondere solche des Reichsamts des Innern, sich in entgegenkommender Weise gedankt und ihre Mitwirkung an- gebot.

Die gehegten Hoffnungen müssen nun begraben werden. Die größeren Bundesstaaten, insbesondere Pre-

ken, machen Schwierigkeiten und bestreiten die Kom- petenz des Reiches. Bereits während der Beratungen in der Wohnungs-Kommission wurde vom Direktor Levald vom Reichsamt des Innern mitgeteilt, daß man zunächst mit Preu- ßen ins Benehmen treten müsse. Das geschah, aber ohne Er- folg. Die größeren Bundesstaaten wollen die Behandlung der Wohnungsfrage in der Hand behalten, und die preussische Regierung hat durch die Veröffentlichung eines Gesetzesentwurfes im Januar 1913 zu erkennen gegeben, daß sie einen Schritt vorwärts auf dem Gebiete der Wohnungsreform machen will. Bereits im Jahre 1904 ist in Preußen ein ähnlicher Geset- zentwurf veröffentlicht worden. Er kam im Abgeordnetenhause nicht zur Beratung und ist nicht Gesetz geworden. Ob dem neuen Entwurf ein besseres Schicksal beschieden sein wird, steht dahin.

Der Widerstand einflussreicher, bundesstaatlicher Regierun- gen wirkt hemmend auf die Reichsregierung ein. Auch das Reichsamt des Innern wird zur Zurückhaltung genötigt. Staats- sekretär Dr. Delbrück, der sich im Hinblick auf die kranzigen Wohnungsverhältnisse und ihre schlimmen Folgen für viele Kreise des Volkes ziemlich stark für ein reichsgelegentliches Vor- gehen engagiert hatte, hätte diese seine Tat beinahe mit dem Verluste seines Amtes büßen müssen. Es ist deshalb anzuer- kennen, daß der Staatssekretär dennoch einige wohnungs- reformerische Maßnahmen von Reichswegen in Aussicht stellte. Es kommen in Betracht die Schaf- fung von Grundfonds für eine bessere und zweckmäßigere Kre- ditgewährung. Es ist dabei gedacht an die Errichtung eines großen Kreditinstitutes, an dem sich das Reich, die Bundes- staaten und die Banken beteiligen. Dann soll das Reich in Verbindung mit den einzelstaatlichen Regierungen die Bürg- schaft übernehmen für die 2. Hypotheken von Kleinwohnungs- bauten gemeinnütziger Baugesellschaften in dem Bereiche von 50 bis 90 Proz. des Gesamtwertes von Boden und Bauwerk. Der Reichstag hat durch Annahme einer Resolution im Jan- uar 1913 bereits seine Zustimmung erteilt. In Aussicht ge- nommen ist ferner eine Änderung des Hypothekengesetzes zwecks möglicher Befreiung von Kleinwohnungsbauten im Erbbaurecht.

Das sind in Aussicht gestellte Maßnahmen, auf deren Verwirklichung noch gewartet werden muß. Ob dem Reichstag bis Ende dieses Jahres entsprechende Vorlagen gemacht werden können, das steht dahin. Eine gewisse Schuld daran, daß so recht nichts vorwärts gehen will, trifft die Wohnungsbedürftigen selbst; sie rühren sich viel zu wenig. Wir haben wiederholt angeregt, diese wichtige soziale Frage, wie sie die Wohnungs- frage unbestritten ist, auf Kongressen und Generalversammlun- gen unserer Gewerkschaften eingehender zu behandeln. Viel genützt hat es nicht. Vielmehr wäre es angezogen, auf dem nächsten großen Kongresse der christlich-nationalen Arbeiter- schaft Deutschlands die Wohnungsfrage besonders herauszu- greifen und behandeln zu lassen. Die Freunde einer gesunden Wohnungsreform dürfen jedenfalls nicht erlahmen, immer und immer wieder auf die Notwendigkeit eines entspre- chenden geschicklichen Vorgehens hinzuweisen und alle Kreise der Gesellschaft aufzufordern, an der Lösung der Woh- nungsfrage, als einer auch nationalen Frage, nach Kräften mitzuwirken.

Allgemeine Rundschau.

Die „Nordwestliche Gruppe“ des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller gegen die Arbeiter der Schwermetalleindustrie.

Die „Nordwestliche Gruppe“ erstattet in Nr. 13 vom 20. März der Zeitschrift „Stahl und Eisen“ ihren Jahresbericht. Darin befaßt sie sich auch mit den Bestrebungen um eine Ver- stärkung der Arbeitszeit in der Großeisenindustrie. Daß diese aus- gesprochenen Scharfmacherorganisation jeglicher Erleichterung für die armen geplagten Feuerarbeiter ablehnend gegenübersteht, ist weltbekannt. Das Material, welches unser Verband zu dieser Frage beigebracht hat und die wiederholten Verhandlungen im Deutschen Reichstage, haben die Regierung bestimmt, einer Revision der Bundesratsverordnung näher zu treten. Zu diesem Zweck will der Minister sich mit Interessierten und Arbeitern ins- besondere jenen, welche die „Nordwestliche Gruppe“ diese Er- löbungen, welche die Regierung veranlassen will, nicht ver- hindern kann, verlangt sie mehr erhobt als berechtigt:

„So muß (die Nordwestliche Gruppe) schon heute dar- auf bringen, daß zu den vom Staatssekretär in Aussicht ge- stellten Erhebungen als Vertreter der Arbeiter keine Ab- geordneten der Metallarbeitergewerkschaften herangezogen werden.“

Und warum nicht? wird man fragen. Weil, so meint die Nordwestliche Gruppe, viele Arbeiter der Schwermetalleindustrie nicht organisiert seien. Das ist, wie jeder Unbefangene zugeben wird, ein ziemlich tadelscheiniger Grund. Es könnte den Leuten vom Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller schon passen, wenn Betriebsräte und Gewerkschaften von der Regierung als Arbeiter- vertreter herangezogen werden. Demgegenüber möchten wir darauf hinweisen, daß es in den Februarerlassen unseres Kai- sers vom Jahre 1900 heißt:

„Für die Fälle des Friedens zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sind gesetzliche Bestimmungen über die For- men in Aussicht zu nehmen, in denen die Arbeiter durch Vertreter, welche ihr Vertrauen besitzen, an der Regelung gemeinsamer Angelegenheiten beteiligt werden. Sie sollen zur Wahrnehmung ihrer Interessen, bei Verhand- lungen mit den Arbeitgebern und mit den Organen der Regierung befähigt werden.“

Also Vertreter, welche das Vertrauen der Arbeiter be- sitzen, sollen an Verhandlungen über die Arbeitsverhältnisse teilhaben. Das Vertrauen der Arbeiter besitzen aber nur die Arbeiterorganisationen. Daß sie sich dieses Vertrauens würdig erweisen haben, beweist die scharfe Befähigung der Gewerkschaften durch die Nordwestliche Gruppe. Die Regierung aber hat die Pflicht, nicht den Scharfmacherwünschen Rechnung zu tragen, sondern im Sinne des angezogenen kaiserlichen Erlasses zu wir- ken und den Arbeitern entgegen zu kommen. Das können die Arbeiter als Staatsbürger, Steuerzahler und Vaterlandsvor- teidiger mit Recht vom Staat erwarten.

Die „alten christlichen Seemanns“.

In manchem alten Dorf wird man noch ein Bild, auf dem drei Kartenspieler dargestellt sind. Zwei schreiben sich unterem Tisch her gegenseitig die fehlenden Trümpe zu, um so den dritten Mitspieler gehörig zu rufen. Das Bild trägt die Aufschrift: „Der alte ehrliche Seemann“. In diese Faltschpielerstippigkeit wurden wir bei Durchsicht der sozial- demokratischen Metallarbeiterzeitung Nr. 13 wieder erinnert. Das Blatt drückt da nämlich einen Bericht aus Chemnitz ab, wo- ein es heißt:

„Selbst der Gewerbeverein der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter, der mit dem „christlichen“ Metall- arbeiterverband in einem Kartellver- trage steht. (Das ist aufgelöst, D. Red.), mag diesen des Treubruchs an und stellt fest, daß der „christliche“ Metallarbeiterverband seine Mitglieder zum Streikbruch kommandiert. Das Organ dieser Hirsch-Dunderschen Organisation schreibt in Nr. 5: „Der christliche Metallarbeiterverband, auf dessen Veranlassung diese Leute von Meiden nach Stuttgart kommen, hat aber mit dieser Handlungsweise das Recht vermisst, sich noch eine Organisation zu nennen, die für die Arbeiterinteressen eintritt.“

Gewiß, das steht in Nr. 5 des Regulator drin. Das Hirsch-Dundersche Organ drückte da nämlich gleich 1/4 Spalten von uns längst richtig gestellter Verleumdungen und Lügen gegen unseren Verband aus der sozialdemokratischen Metall- arbeiterzeitung ab, um seine Leser von dem schmählichen Hirsch-Dunderschen Vertragsbruch und Arbeiterverrat in Stol- berg abzulenken. Der Regulator hat auch „das Organ des deutschen Metallarbeiterverbandes“ ausdrücklich zitiert.

Also, der Regulator Nr. 5 drückt zur Ableitung seiner Leser aus der sozialdemokratischen Metallarbeiterzeitung Nr. 2 einen ebenso verlogenen wie gehässigen Artikel gegen den christlichen Metallarbeiterverband ab, als diese Lügen schon längst von uns ab abjurdiert und geführt waren. — Ein „alter ehrlicher Seemann!“ Und die Metallarbeiterzeitung Nr. 13 drückt die von ihr in Nr. 2 in die Welt gesetzten Lügen wieder ab — und beruft sich auf die Nr. 5 des Hirsch-Dunderschen Regulator. Eine „nette“ Faltschpielerstippigkeit!

Evangelische Jünglingsvereine für die christlichen Gewerkschaften

Am Ostermontag fand in Mülbe eine Konferenz der Evan- gelischen Jünglingsvereine und Christlichen Vereine junger Männer des Kreises Schwelm statt auf der „Die Stellung der Jünglingsvereine zu den christlichen Ge- werkschaften“ beraten wurde. Nach eingehender Aussprache wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Die am Ostermontag in Mülbe unter Teilnahme von etwa 130 Vertretern tagende Kreisversammlung der Evan- gelischen Jünglingsvereine und Christlichen Vereine junger Männer des Kreises Schwelm ist der Ueberzeugung, daß es die reli- giöse und nationale Pflicht der Vereine ist, ihre Mitglieder soweit sie dem Lohnarbeitersstande angehören, zu veranlassen daß sie den christlichen Gewerkschaften beitre- ten. Weder die freien sozialdemokratischen Gewerks- chaften noch die Hirsch-Dunderschen Gewerke- vereine und gelben Werkvereine können irgendwie in Frage kommen, da sie mehr oder weniger religiös und na- tional als unzuverlässig oder Gegner zu betrach- ten sind.“

Die Vereine versprechen, unter ihren Mitgliedern die nötige Aufklärung zu schaffen, damit sie sich möglichst auf der ganzen Linie den christlichen Gewerkschaften anschließen. Gleichzeitig richtet die Konferenz die bringende Bitte an die Schriftleitung des „Deutschturm“, in Zukunft regelmäßig aufklärende Artikel auf sozialem Gebiet zu bringen, was der Stellungnahme des Westdeutschen Jünglingsbundes für die christlichen Gewerkschaften praktische Bedeu- tung geben würde.

Es ist unbedingt erforderlich, alle Kräfte und Organisa- tionen zusammenzuschließen, die geeignet sind, gegen Sozialdemo- kratie und Materialismus einen Damm zu errichten.“

In der Aussprache wurde verschiedentlich hervorgehoben, daß vielfach Vertrauensmänner der christlichen Gewerkschaften auch die Träger des religiösen Lebens in der Arbeiter- bevölkerung seien. Hinsichtlich der Ablehnung der verschiedenen anderen Gewerkschaftsrichtungen, auch der Gelben und Hirsch- Dunderschen, herrschte von vornherein Einstimmigkeit.

Verhandlungen im Malergewerbe

Sollen am Dienstag, den 8. April im Berliner Gewerbe- gericht aufgenommen werden, nachdem Herr Gerichtsdirektor Dr. Prenner-München, der an der Vorbesprechung nicht teil- nehmen konnte, seine Mitwirkung zugesagt hat. Ob die Ver- handlungen zur Beilegung der Differenzen führen werden, ist — so schreibt dazu der christliche Malerverband — aller- dings noch sehr fraglich. Einzelne Führer des Arbeitgeberver- bandes verhalten nämlich jetzt eine Reihe von Bedingungen, welche die Gehilfenorganisationen vorher zugestehen sollen, jedoch diese Streitpunkte schon vor den Verhandlungen er- lebig wären. Darauf werden sich die Gehilfen unter keinen Umständen einlassen. Die führenden Personen des Arbeit- geberverbandes, die an der Vorbesprechung des 1. April teil- nahmen, haben allerdings derartige Zumutungen den Gehilfen- vertretern nicht gestellt. Angesichts der tatsächlichen Verhält- nisse, die alles andere eher, als einen Sieg der Arbeitgeber- darstellten, würde ein Verharren derselben auf diesem Stand- punkt eine Verzerrung des Kampfes bedeuten.

Zu den schon gemeldeten Tarifabschlüssen sind noch solche in Meerane, Kissingen und Fehsenheim gekommen. Der Abschluß mit dem „Bund deutscher Dekorations- maler“, dem neben den bedeutendsten Firmen Münchens in zirka 40 deutschen Städten zumeist große Geschäfte besitzende Malermeister angehören sind, ist gleichfalls erfolgt. Dazu kommen noch sogenannte Sondertarife mit einzelnen Meistern, deren Zahl von Tag zu Tag steigt. In einer großen Anzahl Städte merkt man kaum noch etwas von der Ausperrung, so u. a. in Köln, Düsseldorf, Dortmund, Frank- furt a. M., München, Leipzig, wo fast alle Gehilfen zu neuen, verbesserten Bedingungen arbeiten.

Der Hohn der Klassenkämpfer

Die Sozialdemokratie wird nicht müde, gegen angeblich un- gleiche Behandlung und ungerechte Zurücksetzung ihrer Anhänger durch Staat und Gesellschaft zu protestieren, das gehört zu ihrem ständigen Agitationsmaterial. Herabtragende Gelehrte der Um- sturzpartei wissen die Leser aber auch dann und wann auf einen andern Ton zu stimmen. So leitartikel das Verbandsblatt der sozialdemokratischen Bauarbeiter, der „Grundstein“ (Nr. 5, 1913), über den „Kapitalismus als Vorbedingung der proletarischen Massenorganisationen“, und giebt dabei seinen ganzen Vorrat an Spott und Hohn über die kapitalistische Gesellschaft aus, die für Geld dem Umsturz in jeder möglichen Weise dienlich sei. Gil- und Schnellsäge, Dampfmaschine, Automobile, Telegraph, Telefon, Reichspost, alles das würde der sozialdemokratischen Agitation zur Verfügung gestellt:

„Staat und Kapitalismus, diese geschwor- enen Feinde der Arbeiterbewegung, stellen ihre Kraft — natürlich gegen gute Bezahlung — in den Dienst der proletarischen Massen-

organisationen. Ohne eine Miene zu verziehen, bruden die Kapitalisten Millionen von Flugblättern und Zeitungen mit „aufreizendem“ Inhalt und die Reichspost nimmt keinen Anstand, diese „staats- und gesellschaftsfeind- liche“ Lektüre jedem Adressanten pünktlich ins Haus zu be- sorgen. Nach dem Grundgesetz des Kaisers Despotian: „Geld stinkt nicht!“ leisten Staat und Kapitalismus den schlimm- sten Umstürzleren Vorparandienle, und wenn es tüchtig Geld einbringt, untergraben sie ihr eigenes Dasein. Hier kann man wirklich sagen, daß die Götter den mit Blindheit schlä- gen, den sie verderben wollen; denn die heutige kapitalistische Gesellschaft, in der Geld verdienen groß geschrieben wird, jät, vom Golde geblendet, selbst den Hohn ab, auf dem sie sitzt.“

Neben diesen aus dem Klassenhaß geborenen zynischen Hohn stelle man das obligate Entrüstungsgeflüster der Sozialdemokratie, wenn z. B. der Staat aus seinen Betrieben sozialdemokra- tische Untriebe fernzuhalten und sein Beamtentum vor jeder umstürzlerischen Verleumdung zu bewahren sucht! Die Umsturz- partei verlangt und fordert von Staat und Gesellschaft strikteste Unparteilichkeit, gleiches Recht auch für die Sozialdemokratie, — geht aber hinterher und höhnt über die Gesellschaft, die wie der „Grundstein“ sagt, „sich immer mehr Totengräber großzieht“ und selbst den Hohn abjät, auf dem sie sitzt.

Aus Wirtschaft und Technik.

Ueber unerquidliche Verhältnisse am Drahtstiftenmarkt

berichtet die „Königliche Volkszeitung“ u. a. folgendes: „Ma- mentlich befinden sich die „reinen“ Stifffabriken in einer miß- lichen Lage. Die Stifftdrahtpreise werden bekanntlich durch den Walzdraht-Verband hochgehalten und Drahtstifte dann um 50 Pfg. und mehr die 100 Kilo von diesen großen Werken billiger, als Stifftdraht, verkauft! Auch wird den reinen Stifffabriken die Anfuhrvergütung vorenthalten, also lauter Maßregeln der Großen, um die kleinen Werke an die Wand zu drücken. Man muß sich wundern, daß diese letzteren dem Ansturm der Großen noch immer Stand halten. Nichtabsto- mende werden auch von kleinen Stifffabriken manchmal Preise bekannt, die nicht im geringsten im Einklang mit den Stifftdrahtpreisen stehen. Wenn die nun seit zwei Jahren andauernden, unbefriedigenden Verhältnisse noch lange währen, wird noch manches Werk vor die Frage gestellt werden, seine Tore zu schließen.“

Die Großhändler werden ja von den großen Werken in den Stand gesetzt, billiger verkaufen zu können, als die kleinen Fabriken selbst herstellen können.“

Streiks und Lohnbewegungen.

Bremen. (Klempnerstreik.) Das Jahr 1913 ist für Bremen außerordentlich reich an Lohnbewegungen, da die meisten Tarifverträge der in das Baujahr einschlagenden Branchen zum 31. März abgelaufen sind. Zu den bereits ausgeperrten Ma- lern und Dachdeckern gesellen sich jetzt noch die Klempner, die am 2. April in den Streik traten. Nachdem der bisherige Tarif abgelaufen war und eine Einigung auf friedlichem Wege nicht erzielt wurde, beschloßen die Klempnermeister, den Ge- hilfen einzeln einen Vertrag vorzulegen, wonach ihnen 2—3 Pfg. Lohnaufschlag sofort gewährt wurde, dafür aber (Bauzu- lage, Schnitzgelb u. s. w.) in Wegfall kommen sollten. Da die Gehilfen dieses Vorgehen natürlich nicht gutheißten konnten, sperrten die Meister aus, mit Ausnahme einiger Werkstellen. Eine zum 1. April einberufene Versammlung der Gehilfen, zu der die christlich organisierten Kollegen eingeladen und auch erschienen waren, befaßte sich nochmals mit den oben- wählten Zugeständnissen der Meister und beschloß, daß auch die noch in Arbeit stehenden Kollegen die Arbeit niederlegen. Es wurde einstimmig der Streik beschlossen. Der Bezirksleiter un- seres christlichen Metallarbeiterverbandes, Kollege Dohler er- klärte, daß die von ihm vertretenen Kollegen sich dem Streik anschließen werden. Er sprach ferner den berechtigten Wunsch aus, daß die Leitung des deutschen Metallarbeiterverbandes bei zukünftigen Bewegungen in der Metallindustrie die Orts- verwaltungen des christlichen Metallarbeiterverbandes früher orientieren möge, als dies bei der jetzigen Bewegung der Klemp- ner der Fall war. Es dürfte doch bekannt sein, daß auch die christlich organisierten Kollegen, bevor sie in einen Streik eintreten, die Genehmigung von ihrer Zentrale haben müssen. Im Uebrigen ist nur zu wünschen, daß es den Klempnern gelingt, durch diesen Kampf einen annehmbareren neuen Tarifvertrag zu erlangen.

Kollegen von Bremen, sorgen wir dafür, daß unsere Rei- chen so gestärkt werden, daß in Zukunft bei derartigen Bewe- gungen unser Verband als Tarifkontrahent nicht mehr ausge- schaltet werden kann.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionschluß ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung ein- zuweisen, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugzug fort.

Bremen. Die Klempner stehen zwecks Abschlußes eines neuen Tarifvertrags im Streik. Zugzug von Klempnern ist fernzuhalten.

Dortmund-Schwerte. Die Abteilung Drahtzug der Eisenindustrie ist zwecks Beilegung von Mißständen gesperrt.

Dortmund-Witten. Das Wittener Gußstahlwerk (Abteilung Drahtwerk) ist gesperrt.

Solingen. Bei der Firma Rautenbach stehen die Former im Streik.

Hamburg-Altona. Die Hauschlosser stehen im Streik.

Zugzug ist fernzuhalten.

Serne. Durch Vereinbarungen mit der Werkleitung der Firma H. Weien, welche eine Verbesserung für die Arbeiter enthalten, wurden die Differenzen beigelegt. Die Sperre über die Eisengießerei ist damit aufgehoben.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 13. April, der sechzehnte Wochenbeitrag für die Zeit vom 13. bis 19. April 1913 fällig.

München. Das Mitgliedsbuch Nr. 152541, aus- gestellt auf den Namen Josef Winkler, ist verloren gegangen und wird hiermit für ungültig erklärt.

Einnahmen

Ausgaben

Main financial table with columns for Ortverzeichnis, Einnahmen (Eintrittsgeld, Beiträge, etc.), and Ausgaben (Verwaltungskosten, Gehälter, etc.).

*) Neugegründet oder von einer andern Verwaltungsstelle abgetrennt. **) Eingegangen oder mit einer andern Verwaltungsstelle vereinigt. †) Die sonstigen Einnahmen setzen sich zusammen aus Sammelgeldern für Streife, Einnahmen für verkaufte Bücher und Schriften und zufälligen sonstigen Einnahmen. ††) Hierbei sind 20.981.60 Reichs-Mark-Unterstützung.

Abrechnung der Hauptkasse vom Jahre 1912.

Table showing Einnahmen (Raffensbestand, Verwaltungskosten, etc.) and Ausgaben (Bürobeamten, etc.) for the year 1912.

Table showing Verwaltungskosten (Bürobeamten, Gehälter, etc.) and Uebertrag 923097,68.

Table showing Ausgaben (Beiratsleitung, Agitation, etc.) and Uebertrag 923097,68.

Rechnungs-Abschluss für das Jahr 1912.

Table showing Ausgaben (Für Beiratsleitung, Agitation, etc.) and Raffensbestand am 31. Dez. 1912.

Table showing Raffensbestand am 31. 12. 11, Eintrittsgeld, Beiträge, and Delegationen.

Table showing Ausgaben (a) bei Krankheit, (b) bei Arbeitslosigkeit, etc., and Vermögensnachweis.

Duisburg, den 31. März 1913. Fr. Wieber, Verbandsvorsitzender. G. Herzog, Hauptkassierer. Revidiert und richtig befunden: Heinrich Hirtliefer, Chr. Kloft, H. Lattrich.

Aus dem Verbandsgebiet

H. Gladbach. So recht ein Freudentag für die hiesige christlich-nationale Arbeiterchaft war der 16. März, ein Freudentag insbesondere für jene Kollegen, die nun schon seit Jahren an der Ausbreitung der christlichen Gewerkschaften in unserer industriereichen Stadt arbeiten. Hatte schon das Umwandeln unserer Metallarbeitersektion die Schwarzhäher ins Unrecht gesetzt, so erbrachte der Verlauf der großen Versammlung, die auf Betreiben unserer Kollegen am Sonntag, den 16. März hier abgehalten wurde, den Beweis, daß die Ideen unserer Bewegung bei der hiesigen Arbeiterchaft Wurzel geschlagen haben. Die Arbeit der Vorkämpfer war nicht vergebens und, wie der Besuch der Versammlung bewies, fehlt es unserer Bewegung hier auch nicht an sympathischem Verständnis in den übrigen Ständen.

Als Referent war der Redakteur der *M. A. Z.*, Kollege **Joos-M. Gladbach** gewonnen worden. 46 Jahre sind es nunmehr her, so begann Redner, seit das preussische Staatsministerium die Koalitionsverbote abgeschafft mit der ausbrüchlichen Begründung, zum gesunden Fortkommen des Arbeiters müsse ihm die Freiheit gewährt werden, sich mit anderen zusammenzuschließen. Ein Lebensalter später gibt es nun noch Arbeiter und Arbeitgeber, die nicht begreifen haben, oder nicht begreifen wollen, was damals ein preussisches Ministerium begriff, und in einem Gelebensjahr niedergelegt. Redner stellte und beantwortete nun die Fragen: Warum organisiert sich der Arbeiter? Warum soll er sich organisieren? und warum hat niemand das Recht, ihm dies zu verbieten, oder gar ihn hierfür zu bestrafen?

Der Arbeiter organisiert sich nicht, um die Disziplin in den Betrieben zu untergraben, h. h. in den allgemeinen Geschäfts- und Arbeitsplan hinein zu regieren, sondern um Einfluss auf den Arbeitsvertrag zu gewinnen, jenen Vertrag, der Arbeitszeit, Arbeitslohn und die näheren Umstände (gesundheitliche, moralische usw.) regelt, unter denen gearbeitet wird. Neben Verantwortlichkeitsgefühls für das Wohlergehen der Seinigen müßte der Arbeiter bar sein, der sich um diese Dinge nicht kümmern wollte. Der Arbeitgeber mag dies als Druck empfinden, das ist menschlich verständlich, wie es auch der Händler als Druck empfindet, wenn der Käufer eine für sich günstige Waare sucht, auf der er sich mit ihm einigen kann. Ebensowenig wie dies einer als unflätig bezeichnet kann, ist jenes einem Menschen zu verargen oder gar zu verbieten. Es ist doch genau dasselbe, als wenn Handwerker, Detailisten, Fabrikanten oder Bergwerksbesitzer ihre Preisvereinbarungen treffen; das ist auch ein Druck, den wir empfinden. Die christliche Arbeiterchaft erkennt im Gegensatz zur Sozialdemokratie auch viele gemeinsame Interessen mit dem Arbeitgeber an. Die Sozialdemokratie will den Kampf, bis der Gegner auf der Strecke bleibt; die christliche Arbeiterchaft hat immer einen Blick gehabt für das gemeinschaftliche Interesse, für die Lage des Gewerbes und damit für die Wohlfahrt von Volk und Vaterland. Sie kann ja nicht anders; sucht sie doch auf dem Boden der bestehenden Ordnung. Wenn auf beiden Seiten ehrlicher Wille vorhanden ist, fällt eine Verständigung nicht schwer.

Auch der Arbeiter ist ein Mensch, der lebt und strebt und empor will; merkwürdig, daß sein Streben als Unzufriedenheit gebildet wird. Jeder große Unternehmer ist durch streben und arbeiten emporgekommen. Wenn ihm jemand entgegengetreten wäre und hätte gesagt: das bulde ich nicht, so hätte er ihn für verrückt erklärt haben und seinen Weg weiter gegangen sein. Das Mehr an Lohn, das der Arbeiter erringt, kommt dem Volksmassen doch wieder zugute. Wer nicht das Bestreben hat, sich besser zu stellen, besser zu wohnen usw. ist ein aufgabener Mann. Es wäre doch jammerhaft, wenn der deutsche Arbeiter noch das Miß hätte von vor 50-70 Jahren, in Schweiß und blauer Jacke, den Sonntag mit Genuß von Schnaps und anderen niedrigen Dingen herbrennend. Die Steigerung der Bedürfnisse ist, abgesehen natürlich von Ausschweifungen, Trinken und zweifelhaften Vergnügungen, gesund. Unsere Industrie wäre nicht so hoch, wenn nicht der Arbeiter sich emporerungen hätte. Die Landwirtschaft könnte der Industrie ihre Produkte nicht abnehmen, wenn sie nicht in der Masse des Volkes auch gute Abnehmer für ihre Waren fände.

Der christliche Arbeiter fordert nicht ins Blaue hinein. Der Arbeitgeber kann aber auch nicht von ihm verlangen, daß er sofort seinen Worten unbesehen glaubt, wenn er vom „Kain“ um spricht, sondern wird zugeben müssen, daß bergl. Redemwendungen als geschäftliche Feinheiten gemertet werden. Die Erfahrung haben wir im letzten Jahre wieder gemacht. Die Arbeiter stellen wenig Forderungen, weil immer von „schlechter Konjunktur“ die Rede war. Als aber die Ergebnisse bekannt wurden, sah man, daß diese glänzend waren, wie lange nicht.

Vor 50-70 Jahren gab es noch Fürsten die sagten: „Der Staat bin ich.“ Sie brachen das tolle Wort: „Nehmet eure niemals eine Verfassung!“ Sie mußten doch nachgeben, ohne daß die Welt deshalb aus den Angeln hing: Insofern England und China mußten nachgeben. Es gibt Arbeitgeber, die sich ähnlich verhalten. Sie sagen, ich kenne nur meine Arbeiter, ich erkenne nie eine Organisation an. Auch für sie kommt der Augenblick wie für jene Fürsten und das Nachgeben wird, weil erzwungen, bitter sein. Gegen solches Verhalten muß der gesunde Menschenverstand mobil gemacht werden. Es ist merkwürdig, wie lange wir uns in Deutschland schlaafen müssen mit den Widerständen. Drüben in England ist anders; jedoch hat Englands Industrie die Konkurrenzfähigkeit noch nicht verloren.

Man und Selbstvertrauen braucht der christliche Gewerkschaftler. Leicht hätte er es, wenn er mit der großen Masse ange, ledig allen Verantwortlichkeitsgefühls. Weniger Klagen sollen wir, aber mehr arbeiten. Standesolidarität und Ouerfähigkeit müssen wir besitzen. Als unsere Vorfahren vor 100 Jahren gegen den gewaltigen Napoleon aufstehen wurden, haben sie nicht geflaht über die Schwierigkeiten, sondern das Ziel ins Auge gefaßt, Befreiung von der Fremdherrschaft und das Ziel ward erreicht. Wie muß ein Arbeitgeber über die Erbarmlichkeit seiner Leute denken, die sich einmal organisiert hatten, dann aber auf einen Kuss hin, einem Druck nachgebend, schon davon schlichen! Auch die Frau trägt oft die Schuld, wenn der Mann der Organisation fern steht; du hast die Pflicht für uns zu sorgen, sagt sie ihm. Ihr Frauen, die Organisation sorgt auch für eure Familie. Ihr sollt nicht von eurem Mann verlangen, daß er ein Waldläufer sei, der über den Rücken seiner Mitmenschen vorwärts kriecht; ganze Männer sollt ihr wollen, die ihre Kraft an die Besserung eurer Lage setzen. Handeln muß der Mann, der christliche Arbeiter; nicht aufs Reden

und Denken kommt an, sondern aufs Handeln; das ist was die Weltgeschichte macht.

Die Organisation der Arbeiter kommt, überall, wo man uns den Weg verperzt, kommen andere. Davor schrecken auch die „wirtschafts-friedlichen“ Werkvertrine nicht, bi: sagen. Gelben. Deren Wirkung ist die Erziehung zur Charakterfestigkeit, zu Menschen, die nur profitieren wollen, bei jeder Ueberzeugung blasen und der sozialistischen Sturmflut nicht standhalten, die nicht der Nation und der Heimat geben, was ihr gebührt, die scheu vom Kampfplatz schleichern, wenn's gefährlich wird.

Mit einer Empfehlung der Konfessionellen Arbeitervereine, die mit den christlichen Gewerkschaften — jede in ihrem Aufgabengebiet — Hand in Hand arbeiten, schloß Redner seine Klaren, zur Aufmerksamkeit zwingenden Darlegungen, aus denen hier natürlich nur ganz kurze Gedanken wiedergegeben sind.

Möge denn die gespannte Aufmerksamkeit mit der jeder der Anwesenden den tiefdurchdachten, klaren Ausführungen über Zweck und Ziele unserer Bewegung folgte, ein gutes Omen dafür sein, daß nun auch jeder seine ganze Kraft daran setzt und jeder seinen ganzen Stolz darin erblickt, an der Ausbreitung unserer Bewegung mitzuwirken. Handelt jeder christliche Arbeiter so, dann braucht uns in unserem Bergisch-Gladbacher Bezirk für unsere Bewegung nicht zu bangen. Also Kollegen, besonders ihr Metallarbeiter, frisch ans Werk! Unser Wahlspruch sei: „Schaffen und Streben allein nur ist Leben.“

Mülheim-Sichtigvor. Endlich müssen auch wir einmal ein Lebenszeichen von uns geben. Schon vor Jahren bestand hier eine blühende Ortsgruppe, die aber leider durch die verschiedensten Umstände wieder einzog. Wie in allen solchen Fällen, blieb bei den Kollegen Mißtrauen und Zweifel an den Erfolg gewerkschaftlicher Arbeit zurück. Da hier Heimarbeit herrscht, die Kettenstriebebranche ist hier zu Hause, bauerte es ziemlich lange, ehe der Gewerkschaftsgedanke wieder festen Fuß faßte.

Im Laufe der Zeit wurde es den Kollegen durch die Arbeitgeber wiederholt zum Bewußtsein gebracht, daß es ohne Zusammenbruch keinen Fortschritt gibt. Im Gegenteil. Während es den Berufs-Kollegen in anderen Bezirken gelang, ihren Verdienst wesentlich zu steigern, mußten sich die hiesigen Kollegen noch im vorigen Jahre einen enormen Abzug gefallen lassen. Es gelang dann, den Verband wieder hier einzuführen. Zwar ging es nur langsam und mühsam vorwärts, aber die kleine Schar verzagte nicht. Mit zäher Ausdauer wurde in der Werbearbeit fortgeschritten, und der Erfolg ist nicht ausgeblieben. Mancher Kollege gab seinen abwartenden und zweifelnden Standpunkt auf und schloß sich wieder dem Verbands an. Eine energisch betriebene Hausagitation brachte uns dann an einem Tage 22 neue Kollegen, so daß jetzt die größte Mehrheit organisiert ist.

Kollegen, jetzt heißt es, mit eich westfälischer Zähigkeit weiterarbeiten. Jeder muß sich in den Dienst der Sache stellen und darf nicht eher ruhen, bis sämtliche hiesigen Kettenstriebe in unseren Verband vereinigt sind. Je größer die Geschlossenheit und Einigkeit desto besser wird es möglich sein, unsere Interessen zu wahren und uns unseren Anteil an dem allgemeinen Kulturaufschwung zu sichern.

Hagen i. W. (Elektromonteur.) Nach längerem Bemühen ist es gelungen auch in Hagen eine Branchengruppe der Elektromonteur in's Leben zu rufen. In der Gründungsversammlung, welche vor 14 Tagen stattfand und die einen guten Besuch der Berufs-Kollegen aufwies, hielt Kollege Welf das einleitende Referat. In eingehender Weise behandelte er die große Bedeutung der elektrischen Industrie — welche in Hagen ja Tausende von Arbeitern beschäftigt — für das gesamte Wirtschaftsleben. Redner ging dann aber besonders auf die Verhältnisse ein, wie sie in der elektrischen Industrie für die Arbeiter liegen. Wenngleich zugegeben werden kann, daß trotz des Fehlens eines Tarifs in Hagen einzelne Firmen akzeptable Lohn- und Arbeitsverhältnisse gewähren, so darf doch die Tatsache nicht verschwiegen werden, daß manches im Argen liegt. Dieses bewies zur Evidenz die Diskussion. Die Kollegen von den verschiedensten Firmen konnten nachweisen, daß hinsichtlich der Arbeitszeit wie auch der Entlohnung noch vieles zu verbessern ist. Fast durchweg herrscht die 10stündige Arbeitszeit, die teilweise sogar noch oft überschritten wird, ohne daß eine besondere Vergütung erfolgt. Geradezu kläglich muß die Bezahlung der Sonntagsarbeit — pro Sonntag 3,00 Mark — bezeichnet werden, wie sie von einer Firma berichtet wurde. Sonntags-Feiertagslohn ist noch ein ziemlich unbekannter Begriff. Die Entlohnung ist verschieden. Im Durchschnitt dürfte nicht mehr wie 45 Pfennig gezahlt werden. Die meisten Firmen vergüten für auswärtige Fahrten 2,50 Mark und Fahrgehd 3. Klasse. Der „böien Konturenz“ wegen sollen andere Firmen aber nur das Fahrgehd 4. Klasse vergüten. Die Kollegen müssen sich leider mit diesen Verhältnissen wie mit so vielen anderen solange abfinden, wie sie noch gleichgültig in den Tag hineinleben und sich nicht ihrer Berufsorganisation anschließen. Anstatt eines gesunden Standesbewußtseins sind manche Elektromonteur von einem sogenannten „Standesfimmel“ befeelt, der sie ganz vergessen läßt, daß es die allerhöchste Zeit ist, daß die Kollegen sich aufrufen und eine energische Standespolitik betreiben.

Kollegen! Nachdem wir nun eine eigene Gruppe der Elektromonteur für das hiesige Gebiet gegründet haben, muß es unser Stolz sein, unablässig zu werden, um die unorganisierten Kollegen ihrer Organisation zuzuführen. Sorgt dafür, daß unsere nächste Versammlung, welche am Sonnabend, den 12. ds. Mts. stattfindet, einen zahlreichen Besuch aufweisen kann. Je einiger die Elektromonteur zusammenstellen, um so eher werden unsere Wünsche erfüllt. Sinein in den christlichen Metallarbeiterverband.

Lamspringe in Hannover. In unserem Fiedeln hat zwar die Großindustrie noch nicht direkt Einzug gehalten, wenn auch in der Nachbarschaft schon verschiedene Kaluwerke in Förderung stehen. Dennoch ist auch bei uns Metallindustrie anzutreffen. Bekanntlich ist die Hildesheimer Gegend besonders fruchtbar und hat eine blühende Landwirtschaft. Durch ein vorbildlich ausgebautes Vereinwesen wird die Landwirtschaft zur weitgehenden Benutzung von Maschinen und Bergleichen angeregt. Da kann es nicht ausbleiben, daß auch Maschinbauanstalten, die sich mit der Herstellung und Reparatur landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte beschäftigen, sich in immer größerer Zahl und Ausdehnung hier ansässig machen. Im Flecken Lamspringe sind 3 solcher Maschinenfabriken, die insgesamt 60 Arbeiter und Jugendliche beschäftigen. Dazu kommen einige Handwerksmeister, die Gesellen und Lehrlinge in größerer Zahl beschäftigen. Außerdem ist eine elektrische Zentrale erbaut worden, die Strom für Licht und Kraft für Lamspringe

und die umliegenden Dörfer liefert. Auch sind einige Sägewerke und sonstige industrielle Anlagen vorhanden. So bald die politische Lage sich geklärt hat, soll mit dem Bau eines Kaluwerkes begonnen werden, das ungefähr 200 Leute beschäftigen soll. Angesichts dieser günstigen Ausichten und den jetzt schon vorhandenen metallindustriellen Anlagen ist es ersichtlich, daß auch der christliche Metallarbeiter-Verband hier Eingang gefunden hat.

Eine größere Zahl Kollegen hatte eingesehen, daß die Arbeiter sich zusammenschließen müssen, wenn sie als die wirtschaftlich Schwachen ihre Interessen gebührend wahrnehmen wollen. Nachdem dann eine Anzahl Kollegen unserem Verbands beigetreten waren, wurde seitens der Bezirksleitung festgestellt, wie die Lohnverhältnisse lagen. Diese Feststellungen ergaben, daß der Lohn für ältere Maschinenflosser 35 Pfg. pro Stunde betrug, für jüngere Gesellen wurde ein Wochenlohn von 20 Mark gezahlt und Gesellen, die aus der Lehre gekommen, erhielten 15 Mark Wochenlohn. Lehrlinge oder jugendliche Arbeiter erhielten im ersten Jahre pro Tag 50 Pfg., im 2. und 3. Jahr 75 Pfg. und im 4. Jahr täglich 1 Mark.

Da nun die Lebensverhältnisse in Lamspringe ziemlich teuer sind ist es begreiflich, daß die Kollegen, gestützt auf ihre Organisation, versuchten, bessere Löhne zu erringen. Seitens der Bezirksleitung wurde bei den Arbeitgebern angefragt, ob sie bereit seien, über eine anderweitige Regelung der Lohnfrage mit dem Organisationsvertreter in eine Aussprache einzutreten. Dieses lehnten die Arbeitgeber ab mit der Begründung, daß sie wie bisher, so auch fernerhin die Lohnfrage mit ihren Arbeitern selbst regeln wollten. Diese Antwort konnte uns aber nicht abhalten, den Arbeitgebern nunmehr bestimmte Vorschläge hinsichtlich der Lohnfrage zu machen. Heute können wir mitteilen, daß die Stundenlöhne für Schlosser, Dreher und Schmiede, (auch für die Tischler) um 2 Pfg. vom 1. April ab erhöht worden sind, die Lehrlinge erhalten nunmehr im 1. Jahr 60, im 2. Jahr 75, im 3. Jahr 90 Pfg. und im 4. Jahre 1,10 Mark pro Tag.

In den Betrieben, wo bisher die Hin- und Rückfahrt bei Montagen nicht bezahlt wurde, werden diese Stunden in Zukunft vergütet.

Auch die Bezahlung der Ueberstunden ist um ein geringes aufgebessert worden. Gegen die stägige Lohnzahlung machten die Arbeitgeber in einer mündlichen Aussprache, die unser Bezirksleiter mit 2 Herren hatte, erhebliche Bedenken geltend, die nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen waren, wenn man die Art und Größe der Betriebe berücksichtigt. In allen übrigen Fragen zeigten die Arbeitgeber Entgegenkommen und den Willen zu einer gütlichen Verständigung, was durchaus anerkannt werden soll.

Durch die Zugehörigkeit zum christlichen Metallarbeiterverband ist es den Metallarbeitern in Lamspringe ohne großen wirtschaftlichen Kampf gelungen, eine erhebliche Verbesserung ihrer Lohnverhältnisse herbeizuführen. Möge dieser erste Erfolg unsere Kollegen anspornen, mit Treue und Pähigkeit am Verbands festzuhalten, mögen alle Kollegen mitarbeiten, bis auch der letzte Metallarbeiter dem christlichen Metallarbeiterverband angehört, denn nur das werden sich die Metallarbeiter Lamspringe's dauernd sichern, was sie in zäher Ausdauerarbeit täglich neu erwerben. Darum rufen wir allen Kollegen von Lamspringe zu: „Treue um Treue! Hoch der christliche Metallarbeiterverband!“

Bangendreer. Ein harter Arbeiterwechsel macht sich in letzter Zeit auf den „Westfälischen Eisen- und Drahtwerken H.-G. Bangendreer“ bemerkbar. Schon im letzten Sommer hatten die Arbeiter der Bergwerks- und Drahtwerke eine Aufbesserung der niedrigen Löhne gewünscht. Begründet wurde dies damit, daß im Jahre 1908 für einzelne Arbeiter ein Lohnabzug erfolgt sei, welcher für die Betroffenen 30-40 Pf. monatlich ausmachte. Seit der Zeit seien die Lebensmittel bedeutend im Preise gestiegen, eine Lohnerhöhung dagegen nicht erfolgt. Die Betriebsleitung verhielt sich damals gegenüber den Wünschen der Arbeiterchaft ablehnend. Als Antwort erfolgte vielmehr die Entlassung eines Arbeiters, welcher schon jahrelang zur Zufriedenheit der Vorgesetzten auf dem Werke gearbeitet hatte, weil man vermutete, derselbe habe die Arbeiter dazu bewegen, ihre Wünsche vorzutragen. Wenn damals die Betriebsleitung glaubte, durch solche Maßnahmen eine zufriedene Arbeiterchaft zu erzielen, so beweist der harte Arbeiterwechsel das Gegenteil. Derselbe liegt aber auch sicher nicht im Interesse des Werkes, da mit einem imarbeitenden Stamm von Leuten die Arbeiten sachgemäßer und billiger ausgeführt werden können, als mit stetig neuen Arbeitskräften.

Für die Arbeiter der „Westfälischen Drahtwerke“ wird aber nichts anderes übrig bleiben, wenn sie die dort noch bestehenden traurigen Verhältnisse beseitigen wollen, als sich dem christlichen Metallarbeiterverbande anzuschließen. Einige Kollegen arbeiten ja wirklich nach besten Kräften an der Stärkung der Organisation. Die Kollegen aber, die vorigen Sommer nach der Bewegung dem Verbands den Rücken gekehrt haben, werden jetzt einsehen, daß sie sich damit nur selbst geschadet haben. Dadurch, daß man einfach den Betrieb verläßt, wenn die Verhältnisse schlecht sind, hat man noch lange nicht seine Lebenslage verbessert. Richtiger ist es, gemeinsam mit den Kollegen, die es wirklich christlich meinen, an der Ausrottung der Mißstände und der Besserung der Verhältnisse zu arbeiten. Dieses wird auch den Arbeitern der „Westfälischen Drahtwerke“, (ob sie wollen oder nicht) einmal einleuchten.

Unsere Kollegen von Bangendreer aber mögen trotz aller Widerstände unbedroffen an der Ausbreitung unseres Verbandes arbeiten, in der Ueberzeugung: Es muß doch Frühling werden.

Hagen-Schwelm. (Former- und Gießereiarbeiter.) Am Sonntag, den 13. April, nachmittags 2,30 Uhr findet in Gebelsberg — Lokal Schilken — eine Former- und Gießereiarbeiterversammlung statt. Tagesordnung: 1. Die zeitige Lage in den Former- und Gießereien des Bezirks Hagen-Schwelm, unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitsverhältnisse. Referent: Kollege Meß-Hagen. 2. Die Stärkung der Organisation im Interesse der Former- und Gießereiarbeiter? Referent: Kollege Gerhard-Gebelsberg. 3. Aussprache.

Kollegen! Die tagtäglich laut werdenden Klagen über die Gestaltung der Verhältnisse in den meisten Gießereien unseres Bezirks zwingen zu einer Stellungnahme. Es darf daher die Erwartung ausgesprochen werden, daß die Kollegenchaft des ganzen Bezirks zu dieser Versammlung erscheint.

Chemnitz. In Nr. 13 der sozialdemokratischen Metallarbeiterzeitung führt irgend ein Chemnitzer Gewisse das Bedürfnis, sich an den christlichen Gewerkschaften zu reihen. Die Veranlassung dazu bietet ihm ein Vortrag, den der Kollega

Knosmann-Deipzig am 5. März in einer öffentlichen Versammlung des Chemnitzer „Nationalen Ausschusses“ über das Thema „Die deutsche Arbeiterbewegung am Scheidevege“ gehalten hat. Der nationale Ausschuss ist eine Organisation, die möglichst alle bürgerlichen Kreise ohne Unterschied der Parteipolitik zu gemeinsamer nationalpolitischer Arbeit zu sammeln sucht. D. U. Wir können den Schmerz des betroffenen Genossen über das Verfall des Kollegen Knosmann verstehen, und würdigen auch die Tatsache, daß der Mann mehr wie eine Spalte des kostbaren Raumes der „Metallarbeiterzeitung“ und etwa 4 Wochen Zeit dazu gebraucht hat, um seinem gepreßten Verzei Lust zu machen. Wir würden auch von dem eigentlichen Versammlungsbericht kaum Notiz genommen haben, wenn der Artikelredakteur dem Bericht nicht einen Kommentar angehängt hätte, der genau soviele Unsinne wie Sätze enthält. Es mag dahin gestellt bleiben, ob es Duamkeit oder Neidertracht gewesen ist, die den Genossen beim Niederschreiben seines Sermons geleitet hat. In seiner Ehre wollen wir vordrängig annehmen, daß das Geschehene zutrifft.

Wenn die Organisationsnationalen die Welten abzuschütteln suchen, so können sie nur bei dummen und rückständigen Elementen Glauben finden, denn in Wirklichkeit sind sie jenseits der „Vernunft“ erklärt der Chemnitzer Genosse im Vertrauen der Ueberzeugung der stammenden Mitwelt. Der Mann scheint in Bezug auf die von ihm zitierten Eigenschaften von sich auf andere zu schließen. Die christlichen Gewerkschaften haben mit den Welten in gewerkschaftlicher Beziehung gar nichts gemein. Nach dem bekannten Ausspruch Kierkegaards sollen die christlichen ja gefährlicher für den Unternehmer sein, wie die sozialdemokratischen Gewerkschaften. Mit viel größerem Recht kann man eine Seelenverwandtschaft zwischen den roten und Welten konstataren. Dann auch haben die sozialdemokratischen Gewerkschaften mit ihrer Hebe und ihrem grenzenlosen Terrorismus bisher den besten Nährboden für die Welten gebildet. Was hier im allgemeinen gesagt ist, trifft auch auf die Chemnitzer Verhältnisse im besonderen zu.

Einen besonderen Trunpff glaubt der rote Artikelredakteur auszuspielen zu können, indem er den christlichen Gewerkschaften den Pastor Richter-Königsvalde und seine Bestrebungen an die Hochsöhne zu hängen sucht. Die christlichen Gewerkschaften lehnen jede Gemeinschaft mit der sogenannten Pastor Richter-Königsvalde ab, und auch der Sächsische Landesverband der evangelischen Arbeitervereine hat vor mehreren Monaten das Bündnis zwischen sich und der Richter-Königsvalde vollständig zerbrochen. Das weiß auch der rote Skribist ganz genau, was ihn aber nicht hindert, die verschiedenen erwähnten Organisationen alle in einen Topf zu werfen.

Was der Genosse dann noch weiter über die christlichen Gewerkschaften sagt, z. B., daß diese nicht streiken dürfen, daß sie von den Bischöfen abhängig seien; ist so albern und schon so oft widerlegt, daß wir es uns verjagen können, nochmals darauf einzugehen. Das angeführte Urteil des Hirsch-Dunderschen Verbandsorgans über den christlichen Metallarbeiterverband ist in Wirklichkeit ein Abklatsch aus der roten Metallarbeiterzeitung, den der „Regulator“ zur Ablenkung seiner Bester vom Hirsch-Dunderschen Verräterreich in Stolberg benutzt, als die sozialdemokratischen Verleumdungen in unserem Organ schon längst widerlegt worden waren. Was der sozialdemokratische Metallarbeiterverband gelegentlich des Mendener Kampfes an Arbeiterverrat geleistet hat, ist schlechterdings nicht mehr zu überbieten. Die Chemnitzer Metallarbeiterschaft ist ja auch darüber durch unsere, in der ganzen Stadt verbreiteten Flugblätter aufgeklärt worden.

Wir empfehlen dem Artikelredakteur, einmal den „Kampf“ seiner roten Kollegen bei der Firma „Sanitaria“ zu studieren, wo die Genossen streikten, während die Frauen der Genossen für die bestreikte Firma Heimarbeit verrichteten. Wir empfehlen ihm weiter, einmal über den gerichtlich festgestellten Ausspruch seines Hiesiger Genossen Hofmeister nachzudenken, der besagt, daß der Letztere im Mendener Kampfe seine Kollegen anzuweisen wollte, Streikarbeit zu verrichten. Auch mag sich der rote Skribist einmal in der Solinger Industriegegend umsehen, wo der sozialdemokratische Metallarbeiterverband recht oft seinen eigenen sozialdemokratischen Genossen in den Rücken gefallen ist, so daß selbst das Elberfelder Landgericht im Prozeß des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes gegen den ebenfalls sozialdemokratischen Solinger Industriearbeiterverband zu dem Urteil kam: „... Denn es sind Teufeleien, es ist Arbeiterverrat, was da (vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverband) bezangen worden ist.“ In demselben Prozeß wurden auch Führer des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes als u n g l a u b w ä r d i g bezeichnet.

Diese keine Blütenlese sozialdemokratischen Arbeiterverrats mag vorläufig genügen. Auf Wunsch können wir sie noch in umfangreicher Weise ergänzen.

Die christlichen Gewerkschaften im allgemeinen, und der sächsische Metallarbeiterverband im besonderen, haben bisher die Interessen ihrer Mitglieder mit Nachdruck vertreten. Sie werden das auch in Zukunft tun, unbeschadet um die Hezereien und Verleumdungen roter Artikelredakteure.

Auch in Chemnitz wird der christliche Metallarbeiterverband tätig weiter arbeiten. Darum sollen uns die roten Tiraden nicht im geringsten hindern. Der ganze Erguß in der Metallarbeiterzeitung beweis nur, wie unangenehm den Genossen das Fortdauern der christlichen Gewerkschaften im „roten“ Sackem ist.

Nach Abschluß der vorstehenden Zeilen kommt uns die Nr. 75 der sozialdemokratischen Chemnitzer „Vollstimme“ vom 3. April zu Gesicht, die sich ebenfalls in einem Artikel unter dem Titel: „So soll sich der Arbeiter organisieren“ in liebenswürdiger Weise mit den Chemnitzer christlichen Gewerkschaften beschäftigt.

„Die „Christlichen“ in Chemnitz sind in die Luft gegangen. An Organisationshöhe können sie nicht denken. Um Chemnitz noch in ihrer Artliche Höhe zu lassen, senden sie einen Bezirksleiter und miten ihr Licht zu sein.“ So verkündet es das genannte Blatt schon schon vorstehenden roten Zeitschriften. Das hier lediglich der Wunsch der Partei des Gehaltens ist, braucht nicht erst weiter erläutern zu werden. Die von ihr verkündete Politik ist die „Vollstimme“ und ihr roter Anhang selbst nicht, was nicht zu verstehen, weshalb das genannte Blatt sich mit der sozialdemokratischen „Metallarbeiterzeitung“ in so hiesiger Weise mit den Chemnitzer christlichen Gewerkschaften beschäftigt. Die Letzteren werden den Chemnitzer Genossen nicht im geringsten erschrecken und „in die Luft gehen.“ So wie in Chemnitz auch wir vorläufig weiter und breiten sich weiter in Chemnitz der Genossen immer mehr aus. — Der rote Skribist überträgt in der sozialdemokratischen Presse die über die Tatsache, daß wir

uns den Genossen in Chemnitz in der letzten Zeit recht unliebsam bemerkbar gemacht, und durch unsere systematisch betriebene Flugblattverbreitung und die dorthin erwählte Versammlung der Chemnitzer Arbeiterschaft das wahre arbeiterverräterische Treiben der Sozialdemokraten gezeigt haben. Das paßt den Genossen nicht in den Kram und ist der Gesellschaft unbecquem. Daraus ist die große Aufregung und die eingehende Beschäftigung mit den Chemnitzer christlichen Gewerkschaften in der Genossenpresse zu erklären. Das wird uns aber, wie gesagt, nicht abhalten, auch hier in Chemnitz rüstig weiter zu arbeiten; unbestimmt darum, ob unsere Tätigkeit den sozialdemokratischen Organisationen paßt oder nicht paßt.

Alteheim. Da unsere Ortsgruppe trotz aller Belämpfung von seiten der Metallgenossen immer mehr an Boden gewinnt, greifen die roten Verbändler nunmehr zu einem Mittel, das eine nähere Beleuchtung verdient. Der sozialdemokratische Metallarbeiterverband hielt in der letzten Zeit Abteilungsverfammlungen für die Arbeiter der Firma Senking ab, wozu auch die nicht „frei“ organisierten Kollegen eingeladen waren. Hier wurden Forderungen aufgestellt und den einzelnen Arbeitern zur Unterschrift vorgelegt. Dabei wurde von den Genossen mit allen möglichen Mitteln auf die anders organisierten Arbeiter eingewirkt, um sie zum Uebertritt in den roten Verband zu bewegen.

In der Abteilungsverfammlungen der Klempererei, die am 10. März im „Hofhof“ stattfand, gab der Bezirksvorsitzende vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverband, Genosse Hoffmann, die Parole aus:

„Wer nicht im „freien“ Verband organisiert ist, soll nicht geachtet werden!“

Das ganze Vorgehen der Genossen zeigte jedem klar, daß es ihnen bei dieser Versammlungaktion nicht um eine Besserung der Arbeitsverhältnisse, sondern lediglich, um den Mitgliederzuwachs zu tun war. Eine am 21. März abgehaltene, stark besuchte Betriebsversammlung unserer bei der Firma Senking beschäftigten Kollegen stellte denn auch die Handlungsweise der Genossen ins rechte Licht. Die Kollegen beschloßen einmütig, sich an den von den Genossen einseitig veranstalteten Abteilungsverfammlungen nicht zu beteiligen. Der sozialdemokratische Verbandsbeamte Brandenburg habe seinerseits den Ausbruch getan, er werde keine Bewegung anfangen, ohne vorher die übrigen in Frage kommenden Organisationen zu benachrichtigen. Jetzt tue dieser Mann das Entgegengesetzte. Er arrangiere einseitig Abteilungsverfammlungen und, obgleich der sozialdemokratische Verband allein bei der Firma Senking keine Verbesserungen durchsetzen könne, lasse er einseitig Unterschriften für Eingaben sammeln. Zu allem Ueberflus suchte man dann noch in diesen Versammlungen andere Organisierte zum Uebertritt zu drängen und gebe die Parole aus, wer nicht „frei“ organisiert ist, wird nicht geachtet. Das sei keine Vertretung der Arbeiterinteressen, sondern ein triviales Spiel mit ihnen. Aus diesen Gründen faßten die Kollegen den Beschluß, sich nicht in den Agitationskämpfen der Genossen spannen zu lassen, sondern mit frischer Kraft und Ausdauer im Dienste des christlichen Metallarbeiterverbandes zu arbeiten, wo die Interessen der Metallarbeiterschaft gewahrt und energisch verfochten werden.

Literarisches

Antworten auf sozialdemokratische Schlagwörter. Viertes Heft: Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung. gr. 8° (54) M. Gladbach 1913, Volkvereins-Verlag GmbH. Preis 25 Pfg., postfrei 30 Pfg.

In ihrer Agitation gegen die bürgerlichen Parteien und die von diesen geschaffene soziale Gesetzgebung bedient sich die Sozialdemokratie mit Vorliebe der Form von Schlagwörtern, weil sie vermittels dieser am besten auf die für solche leicht empfänglichen Massen einwirken zu können glaubt. Nach dieser Richtung hin hat sie in den beiden letzten Jahren vornehmlich das große soziale Reformwerk der Reichsversicherungsordnung ausgebeutet, aber auch die Arbeiterschutzgesetzgebung nicht ungenutzt gelassen, wie sie durch die Novellen zur Gewerbeordnung von 1908/10 neu geordnet worden ist. Eine Antwort auf bei vorstehenden Gelegenheiten gebräugte Schlagwörter gibt das Heft 4 der „Antworten auf sozialdemokratische Schlagwörter“: Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung, das ebenso wie die vorher erschienenen Nummern für die Abwehr sozialdemokratischer Angriffe vorzügliche Dienste leisten dürfte.

Sterbetafel.

Dortmund. Am 24. März starb unser Kollege Wilh. Drasse, Bohrer, im Alter von 46 Jahren an Lungenleiden.
 Essen. Am 17. März starb unser Kollege Karl Stäffel im Alter von 33 Jahren an Lungenentzündung. — Am 12. März starb unser Kollege Arnold Lay im Alter von 32 Jahren an Nierenentzündung.
 Gevelsberg. Am 31. März starb unser treuer Kollege Heinrich Bogelgang, im Alter von 22 Jahren infolge Lungenleiden.
 Köln-Chrensfeld. Am 1. März starb unser treuer Kollege Jos. Fettes im Alter von 19 Jahren an einem langwierigen Lungenleiden.
 Wanneheim. Am 25. März starb unser eifriger und treuer Kollege Josef Herlitz im Alter von 28 Jahren an einem langjährigen Lungenleiden.
 W.-Syrum. Am 23. März starb unser treuer Kollege Peter Linzenbach im Alter von 21 Jahren an einem Kopfleiden.
 Nürnberg. Am 2. April starb unsere treue Kollegin Therese Schrammer im 35. Lebensjahre an einem Darmleiden.
 Oker. Am 23. März starb unser Kollege Heinrich Gräfe im Alter von 51 Jahren an Herzklammerung.
 Regensburg. Am 1. April starb unser treuer Kollege Ludwig Schamberger, Eisenstecher, an Kehlkopfschwindsucht im Alter von 19 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Versammlungskalender.

Kollegen und Kolleginnen!

Versäumt ohne triftigen Grund keine Versammlung!

Samstag, den 12. April.

- Darmen. Abends 8.30 Uhr im Jägerhof, Ecke Jäger- und Büchlerstraße.
- Berlin-Nord. Abends 8.30 Uhr bei Thiele, Gullteustr. 4-5.
- Berlin-West. Abends 8.30 Uhr bei Gullteustr. 4-5.
- Bremen. Abends 8.45 Uhr im Colosseum, Dillstr. 1.
- Chemnitz. Abends 8.30 Uhr im „Vrenkischen Hof“, Brauhofstr. 1.
- Dortmund-Lünen. Abends 8.30 Uhr bei Mollmann.
- Düsseldorf-Terenborf. Abends 9 Uhr bei Quering, Münsterstraße Ecke Barbarastr. 1.
- Essen-Klempner und Installateure. Abends 8.30 Uhr in der „Bürgerhalle“, Roststraße.
- Essen-Netwin. Abends 9 Uhr bei Buchmüller.
- Essen-Werden. Abends 8.30 Uhr bei Burgmann.
- Hamburg. Abends 8.30 Uhr in Willems (Gesellschaftshaus), Köhlhöfen 2.
- Karlsruhe. Abends 8.30 Uhr im Palmengarten.
- Köln-Chrensfeld. Abends 9 Uhr bei Wittkamp, Bentelerstraße.
- Köln-Lindenthal. Abends 9 Uhr bei Sabelle, Bachemstr. 129.
- Ludwigshafen. Abends 8.30 Uhr außerordentliche Versammlung im Gesellschaftshaus, Referenten: Bezirksleiter Thelen und ein Studierkollege, Erichsenen Platz.
- München. Abends 8.30 Uhr bei E. Diener, Wilhelmstraße.
- München-Ortsverwaltung. Abends 8 Uhr im Lokale Leopoldstraße 11. Wichtige Tagesordnung.
- Stettin. Abends 8.30 Uhr in der Glühbirnenbrennerei, Tagesordnung, Werkarbeiterkonferenz.
- Solingen-Saun. Abends 8.30 Uhr bei Krahwinkel.
- Stuttgart-Neuerbach. Versammlung im Lokale zum gold. Hahn, Smitzgerstraße.
- Stuttgart-Ludwigshafen-Jugendliche. Abends 7 Uhr bei Wetmann.
- Stuttgart-Bussenhausen. Abends 8.30 Uhr in der Traube.
- Tübingen. Abends 8.30 Uhr bei W. Lange.
- Wohlfühl. Abends 8.30 Uhr bei Schmidt, Kaiserstr. 178.
- Wurzburg. Abends 8 Uhr im Lokale Endres, Herrengasse.

Sonntag, den 13. April.

- Dortmund. Vorm. 11.15 Uhr in der „Stadt Wälder“. Alle erkrankte Nachm. 2. Vorm. 11 Uhr bei Vogt, Köhlstr. 1.
- Dortmund. Vorm. 11 Uhr bei Müller, Düsseldorfstraße.
- Dortmund. Vorm. 11 Uhr mit Vortrag in der Fleischhalle.
- Dortmund. Abends 8 Uhr mit Frauen bei Metz.
- Dortmund. Nachm. 2 Uhr im St. Josefshaus.
- Dortmund-Lünen. Vorm. 11 Uhr bei Baumann, Blümlerstraße.
- Dortmund-Sörbe. Nachm. 6 Uhr bei Stolze, Gaussestraße.
- Dortmund-Werne. Nachm. 4 Uhr bei Tiedeborn.
- Duisburg-Mendorf. Vorm. 11 Uhr bei Schroer, Oststraße.
- Essen-Altendorf. Vorm. 11 Uhr bei Trippel, Mendorfstraße 29.
- Essen-Buttrup. Nachm. 8.30 Uhr bei Trögemann.
- Essen-Kittsch. Abends 7.30 Uhr bei Bremerkamp.
- Essen-Altstadt. Vorm. 11 Uhr bei Bernh. Elsboss, Krämerstr. 1.
- Essen-Wehringhausen. Nachm. 5 Uhr mit Frauen bei Fr. Simo. Ref.: Kollege Hrischer-Essen. Unorganisierte mitbringen.
- Ingolstadt. Vorm. 10 Uhr im kath. Vereinshaus.
- Karlsruhe-Parlanen. Nachm. 3.30 Uhr im Gasthaus zum Stroh.
- Karlsruhe-Mörsch. Versammlung im Kreuz (Nebenzimmer).
- Köln-Kalk. Abends 8 Uhr mit Frauen im Vereinshaus.
- München. Morgens 11 Uhr bei Uebeler.
- M.-Gladbach. Morgens 11 Uhr bei Woden, Marktsteig. Bericht erstattung über die Bezirkskonferenz.
- Nauort (Wetterwald). Vorm. 11 Uhr bei Freihsberg.
- Niederrhein-Ortsverwaltung. Nachm. 2 Uhr im Gesellschaftshaus.
- Nieder-Lahnstein. Vorm. 11 Uhr im „Deutschen Kaiser“.
- Oberhausen (Mhd.). Nachm. 8.30 Uhr bei Kemmerling, Ecke Dümpe- und Köhlstraße.
- Ostberg-Ortsverwaltung. Vorm. 11.30 Uhr bei Hanßan (Bismarckshaus); nachm. 4.30 Uhr bei W. Kropf in Ostberg. Ref.: Kollege Hücher-Hamm. Erklären aller Kollegen ist Pflicht!
- Reddinghausen. Nachm. 2.30 Uhr bei Wreßer (am Bahnhof) für sämtliche Juchemmetallarbeitersektionen des Kartells Reddinghausen.
- Straubing. Vorm. 10.30 Uhr im „Münchner Hof“.
- Süß. Morgens 11 Uhr bei Offer.
- Wuppertal. Vorm. 11 Uhr bei Dohmann.

Montag, den 14. April.

- Düsseldorf-Gravenbroich. Abends 7 Uhr bei Bienefeld, Meibterstraße.
- Düsseldorf-Gravenbroich. Abends 9 Uhr im Lokal Hüvelshof, Hüvelstraße.
- Düsseldorf-Gravenbroich. Abends 8.30 Uhr bei Böffen, Strefelderstraße.
- Heiligenhaus. Abends 8.30 Uhr bei Hüpperbühn, Hauptstraße.

Donnerstag, den 17. April.

- Donauschwarzwasser. Versammlung im St. Josefshaus zu Rehschwasser.
- Berne. Abends punkt 8.30 Uhr bei Th. Stenberg.
- Biorheim. Abends 7.30 Uhr im Quartiersbericht im Lokale Untere 1-2.

Samstag, den 19. April.

- Berlin-Oberböschung. Abends 7 Uhr bei Olesch, Wälderstr. 1.
- Silber-Deffern. Abends 8.30 Uhr bei Wm. Keller, am Kaiser Friedri Denkmal.
- Eisenach. Abends 8.30 Uhr im Weimarischen Hof.
- Essen-Duf- und Wagenschmiede. Abends 9 Uhr in der „Bürgerhalle“, Roststr. 19.
- Freiburg i. B. Abends 8.30 Uhr im Ganterbräu, Schiffstr. 7.
- Halbe. Abends 8.30 Uhr bei Thomas, Vöhrerstr. 10.
- Köln-Gumboldt-Kolonie. Abends 8.30 Uhr bei Guth, Wälderstraße.
- Wipperf. Abends 8.30 Uhr bei Gb. Rosenbach, Vöhrerstraße.
- München-Schmidle. Abends 8 Uhr mit Vortrag im Lokal Leopoldstr. 11.
- Nürnberg 3. Bezirk. Abends 8.30 Uhr bei Lathig, Hauptstraße.
- Regensburg. Abends 8 Uhr in der Jakobinerkirche.
- Stuttgart-Cannstatt. Abends 8.30 Uhr im Lokal des ev. Arbeitervereins.
- Stuttgart. Abends 8.30 Uhr im römischen König, Goltzstr. 2.

Sonntag, den 20. April.

- Bochum-Weitmar. Vorm. 11 Uhr bei Paul Krell.
- Düsseldorf-Gravenbroich. Vorm. 11 Uhr bei Genuemann, Karlshöh.
- Düsseldorf-Gravenbroich. Vorm. 11 Uhr bei Deimes-Meer.
- Düsseldorf-Gravenbroich. Vorm. 11 Uhr bei Hagedorn, Gumbertstr. 120.
- Düsseldorf-Gravenbroich. Vorm. 11.30 Uhr bei Woffen, Uegalle.
- Essen-Jugendklasse der Gesamtortsguppe. Zeit und Lokal mit besonders bekannt gegeben.
- Köln-Kalk. Morgens 11 Uhr bei Gönthesberg, Brennerstr. 14.
- Köln-Woll. Morgens 11 Uhr bei Föhndor, Hauptstr. 28.
- M.-Gladbach. Wierien, Mchdt., Odenkirchen, Wietrat Gienkirchen, Corichenbroich, Süchteln, Dülfer-Huern. Nachm. 2.30 Uhr Generaterversammlung in M.-Gladbach Hotel zur Oberstadt (früher Rothen), Alter Markt. Referent Bezirksleiter Kollege Schmitz-Köln.
- Nürnberg 2. Bezirk. Vorm. 11 Uhr bei Demmer, Wöhrerstraße.
- Nürnberg-Sundern. Nachm. 5 Uhr bei Pingel, Vortrag des Bezirksleiters phil. Schröder.
- Oker. Abends 8.30 Uhr bei G. Bod. Mitgliedsbücher zur Kontrolle mitbringen.
- Wallau. Morgens punkt 6 Uhr Abmarsch nach Dillenburg, Treffpunkt Bahnhof oberhalb Bahnhof Wallau.
- Wehringhausen. Vorm. 11 Uhr bei Fritz Simon, Langestraße.

Wünchen. Der Kollege Paul Kückerath, Gravenbroich wird ersucht der Ortsverwaltung München, Bayerstraße 2 seine Adresse mitzuteilen.

Für dauernde und gut bezahlte Arbeit werden sofort gesucht tüchtige Dreher, Bohrwerker, sowie Schirrmesser und Schmiede, welche selbstständig nach Zeichnung am Feuer arbeiten können. Fried. Krupp, A.-G. Germaniawerft, Kiel-Gaarden.